STADT FRIEDRICHSHAFEN **Sitzungsvorlage** **Drucksache-Nr. 2021 / V 00134**	Ausfertigungen: Stadt- und Stiftungspflege, DEZ4, OB-Büro
Dienststelle: Stadt- und Stiftungspflege Aktenzeichen: STP HuF	19.04.2021, Unterschrift:

Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen):

☐ BM Stauber	_____	☒ EBM Dr. Köhler	_____
☐ BM Köster	_____	☒ OB Brand	_____

Betreff: **Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshafen und der Verwaltungsgebührensatzung der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad**

Anlage(n):
Anlage 1: Satzung der Stadt Friedrichshafen
Anlage 2: Gebührenverzeichnis der Stadt Friedrichshafen
Anlage 3: Synopse der Stadt Friedrichshafen
Anlage 4: Gebührenkalkulation
Anlage 5: Satzung der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad
Anlage 6: Gebührenverzeichnis der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad
Anlage 7: Synopse der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad

Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens **1 Arbeitstag** vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.

☒ **MS Office Dateien (inkl. ppt, .mpp)**	☒ **.pdf-, htm-Dateien**	☐ **DVD**	☐ **Video**

Referent und Zeitdauer: Herr Schuster (20 Minuten, davon 10 Min. Sachvortrag)

Gremium:	**Datum:**	**Zuständigkeit:**	**Öffentlichkeitsstatus:**
Finanz- und Verwaltungsausschuss	05.07.2021	Vorberatung	öffentlich
Gemeinderat	21.07.2021	Beschluss	öffentlich
Gemeinsamer Ausschuss der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft FN-Immenstaad	14.09.2021	Beschluss	öffentlich

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN	☒ ja	☐ nein		
Kosten:	☐ einmaliger Aufwand (konsumtiv)		Betrag:	EUR
	☐ einmalige Auszahlung (investiv)		Betrag:	EUR
	☐ jährlicher Folgeaufwand:	Personalkosten	Betrag:	EUR
		Sachkosten	Betrag:	EUR
Zuschüsse bzw. Beiträge:	☐ einmalige Einzahlung		Betrag:	EUR
	☒ laufende (jährlich)		Betrag:	etwa 300.000 EUR

MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:

☐ Stadt	☐ Ergebnis-HH	☐ Finanz-HH	Kontierungen:
☐ Stiftung	☐ Ergebnis-HH	☐ Finanz-HH	Kontierungen:

Zur Verfügung stehende Mittel

Planansatz im lfd. Jahr:	EUR
Ermächtigungsübertrag aus dem Vorjahr:	EUR
Noch bereitzustellen:	EUR
Deckungsvorschlag:	EUR

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshafen nebst Gebührenverzeichnis auf Basis der Gebührenkalkulation wird beschlossen.

2. Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Ermessensentscheidungen (vgl. insbesondere Sitzungsvorlage und Anmerkungen in Anlage 4) wird ausdrücklich zugestimmt.

3. Für die beigefügte Verwaltungsgebührensatzung der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad nebst Gebührenverzeichnis sowie Gebührenkalkulation empfiehlt der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen dem gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad die Zustimmung und Beschlussfassung.

Begründung:

1. Allgemeines

Die Verwaltungsgebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung erhoben werden wie dies beispielweise bei bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren oder gewerberechtlichen Erlaubnissen der Fall ist. Nach § 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) können Kommunen für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornehmen, Gebühren erheben. Aus diesem Grunde werden die Verwaltungsgebühren den Kommunalen Abgaben zugeordnet.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach dem Kostendeckungsgebot, demzufolge sämtliche Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligter gedeckt werden sollen. Verwaltungskosten sind die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten mit Ausnahme kalkulatorischer Zinsen. Bei der Gebührenbemessung ist die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der öffentlichen Leistung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen. Die Gebühren dürfen höchstens so bemessen werden, dass die Verwaltungskosten gedeckt werden (Kostenobergrenze). Des Weiteren wird die Gebührenhöhe durch das Äquivalenzprinzip begrenzt. Das Äquivalenzprinzip gibt vor, dass die Gebühren, auch wenn sie aus kalkulatorischer Sicht gerechtfertigt wären, nicht im Missverhältnis zum Nutzen der öffentlichen Leistung stehen dürfen.

Zudem ergibt sich aus § 78 Gemeindeordnung (GemO) das Erfordernis, Gebühren und Entgelte für kommunale Leistungen vor Steuern und Krediten auszunutzen, soweit dies vertretbar und geboten ist. Während die Vertretbarkeit der Gebührenanpassung (also der Umfang) mit vorstehender Sitzungsunterlage begründet wird, ergibt sich das Anpassungsgebot durch die gegenwärtige städtische Haushaltssituation. Nachdem der städtische Ergebnishaushalt 2021 und 2022 nicht ausgeglichen ist, sind gemäß § 24 Gemeindehaushaltsverordnung alle Spar- und Ertragsmöglichkeiten auszunutzen. Bereits in den vorhergehenden Jahren waren die laufenden Überschüsse zu gering um die Investitionen zu finanzieren, so dass das Regierungspräsidium Tübingen der Stadt ein Haushaltssicherungskonzept mit strukturellen Verbesserungen auferlegt hat. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat am 22.03.2021 zusammen mit dem Doppelhaushalt 2021/2022 beschlossen, die Gebührenerträge u.a. durch Verwaltungsgebühren um insgesamt 1,2 Mio. € pro Jahr zu erhöhen, wovon die Hälfte bereits im Jahr 2021 wirksam werden soll (siehe DS-Nr. 2021 / V 00024). Durch die vorliegende Anpassung der Verwaltungsgebühren kann unter Berücksichtigung des Kostendeckungsgebots, der Kostenobergrenze sowie des Äquivalenzprinzips ein Anteil von etwa 300 T€ p. a. geleistet werden.

Für die öffentlichen Leistungen der Stadt Friedrichshafen gilt vorbehaltlich spezieller Regelungen (wie sie u.a. für Personalausweise oder bautechnische Prüfungen bestehen) die Verwaltungsgebührensatzung mit ihrem Gebührenverzeichnis, die zuletzt am 03.11.2014 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Die seither geltenden Gebührensätze beruhen auf einer Kalkulation aus dem Jahr 2014.

Die Aktualisierung der Verwaltungsgebührensatzung macht die Beteiligung dreier Gremien notwendig:

- Die Stadt Friedrichshafen erbringt als erfüllende Gemeinde im Rahmen der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad öffentliche Leistungen für die Gemeinde Immenstaad. Diese Gebührentatbestände werden in einer

Verwaltungsgebührensatzung der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad geregelt. Der gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft wird im Rahmen seiner eigenen satzungsgebenden Zuständigkeit darüber Beschluss fassen. Es ist jedoch vorgesehen, dass der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen sowie der Gemeinderat für die Gemeinde Immenstaad hierfür eine Beschlussempfehlung aussprechen.

- Daneben werden Leistungen auch selbstständig in eigener Zuständigkeit durch die Stadt Friedrichshafen erbracht. Deshalb beschließt der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen im Rahmen seiner eigenen Satzungshoheit über eine eigene Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshafen, die diese Gebührentatbestände umfasst.

Daneben bestehen öffentliche Leistungen, die die Gemeinde Immenstaad selbstständig erbringt. Diese werden in einer eigenen Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Immenstaad geregelt, die selbständig durch den Gemeinderat der Gemeinde Immenstaad beschlossen wird.

Die Formulierungen vorliegender Verwaltungsgebührensatzung entsprechen der Mustersatzung des Gemeindetags. Das Satzungsmuster wurde bei der Aktualisierung durch zwei Sätze ergänzt. Auslöser hierfür ist das neue Umweltverwaltungsgesetz und die darin festgeschriebene Gebührenfreiheit in bestimmten Fällen.

Im Falle der planmäßig vorgesehenen Beschlussfassung wird die Änderung der Verwaltungsgebühren voraussichtlich am Samstag nach der Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der Verwaltungsgemeinschaft FN-Immenstaad bekanntgegeben und ab dem darauf folgenden Tag angewendet.

Gebührenarten

Um eine sachgerechte Gebührenbemessung zu ermöglichen, kann die Stadt Friedrichshafen im Rahmen ihres Auswahlermessens zwischen folgenden Gebührenarten wählen:

Festgebühr: bestimmter unveränderter Betrag, der für jeden Gebührenschuldner stets gleich ist. Beispiel: Das Anfertigen einer Kopie kostet stets 1,10 €.

Zeitgebühr: Gebühren nach Zeiteinheiten. Beispiel: Eine Baukontrolle kostet pro 1/4h 16,50 €.

Wertgebühr: %-Angabe in Abhängigkeit eines bestimmten Wertes. Beispiel: Die Gebühr für einen Bauvorbescheid liegt bei 3 ‰ der Baukosten.

Rahmengebühr: Mindest- und Höchstsätze, zwischen denen ein individueller Wert für jeden Fall festgelegt wird.

Die Höhe der Rahmengebühr liegt im Ermessen des jeweiligen Sachbearbeiters. Die Ausübung des Ermessensspielraums bestimmt sich nach dem wirtschaftlichen und sonstigen Vorteil des Gebührenschuldners sowie nach der individuellen Bearbeitungsdauer.

Maßstab für die Ermessensausübung sind zwei gleichberechtigte Faktoren:
1. Der entstandene Verwaltungsaufwand. →Worin lag der Aufwand? Wie hoch war dieser?
2. Wie wirkt sich die Leistung vorteilhaft auf den Antragssteller aus?

Als Bemessungsgrundlage für die wirtschaftliche Bedeutung kommen z. B. in Betracht:
- erzielbarer Umsatz oder Gewinn
- ermöglichte Kosteneinsparung
- zugelassener Nutzungsraum
- erweiterte Berufschancen

Bei der Bewertung der sonstigen Bedeutung kommen z. B. in Betracht:
- Bevorzugung gegenüber der Allgemeinheit
- Ausnahme von Normen und Standards
- Verbrauch natürlicher Ressourcen
- gesteigerte Rechtssicherheit

Je stärker die Faktoren ausgeprägt sind, desto höher ist die Gebühr innerhalb des Rahmens festzulegen. Die Ausübung des Ermessens wird im Gebührenbescheid für den Bürger verständlich und nachvollziehbar dargelegt und begründet. Die Wertfaktoren, welche die Höhe des wirtschaftlichen und sonstigen Vorteils angeben, wurden durch die Fachämter im Zuge der Neukalkulation überprüft.

2. Wesentliche Änderungen gegenüber der bisherigen Verwaltungsgebührensatzung

Allgemeine Gebühren:

- Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen in Baden-Württemberg - Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) - vom 17.12.2015, welches dem Bürger den Anspruch auf Zugang zu behördlichen Informationen eröffnet, können Kommunen für Amtshandlungen auf der Grundlage dieser Vorschrift kostendeckende Gebühren und Auslagen verlangen. In der aktuellen Fassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshafen finden sich unter Nr. 8 im Gebührenverzeichnis die Gebührentatbestände zu Auskünften
- Nach Rücksprache mit den Fachämtern wurde der maximale Zeitrahmen bei den Punkten „Rechtsbehelfe - Widerspruch, Einspruch usw." (1.5.1) von 600 auf 1200 Minuten und „Auskünfte" (1.6.1) von 120 auf 250 Minuten erhöht, da in komplizierten Einzelfällen der Rahmen nicht ausreichend war. Somit erhöht sich jeweils auch die maximale Gebühr (siehe Gebührenverzeichnis in Anlage 2).

Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung (BSO):

- Der Tatbestand zum Sammlungswesen (3.1) im Verzeichnis der Verwaltungsgemeinschaft wurde ersatzlos gestrichen, da das Sammlungsgesetz zum 1. Januar 2013 aufgehoben worden ist
- Im Rahmen des ab 2013 geänderten Rundfunkbeitragsgebührenmodells entfällt der Punkt „Datenübermittlung an den Südwestrundfunk" (4.2.3) in der städtischen Satzung. Die Datenübermittlung an den Südwestrundfunk bzw. an die Gebühreneinzugszentrale zur Erhebung und zum Einzug der Rundfunkbeiträge ist zwischenzeitlich in § 17 Meldeverordnung (MVO) geregelt, wonach bei einer Tätigkeit der Rundfunkanstalten nach § 17 MVO diese wegen § 34 Abs. 6 Bundesmeldegesetz (BMG) (i. V. m. § 34 Abs. 1 Satz 1 BMG und § 2 Abs. 2 Bundesdatenschutzgesetz) gebührenbefreit sind.
- Mit Inkrafttreten des Prostitutionsschutzgesetzes vom 21. Oktober 2016 wurden unter den Punkten 3.40 ff entsprechende Tatbestände im Verzeichnis der Verwaltungsgemeinschaft aufgenommen

- In Folge des Wegfalls der bundesgesetzlichen Gebührenregelung zur öffentlich-rechtlichen Namensänderung nach dem NamÄndG zum 14. August 2018, müssen Verwaltungsbehörden eine eigene Gebührenregelung mittels Satzung gem. § 4 Abs. 3 LGebG treffen, die ist nun unter Punkt 5.7 und 5.8 in der städtischen Satzung zu finden
- Bezugnehmend auf das GR-Protokoll vom 03.11.2014 (DS 2014 / V 00244), zur vorigen Verwaltungsgebührenanpassung, wurden in der städtischen Satzung entsprechend Änderungen vorgenommen. Einer Fraktion des Gemeinderats erschien damals der Spielraum beim Wertfaktor folgender Gebührentatbestände zu hoch, weshalb der Faktor nun von 13 auf 7 reduziert wurde:
    - Ausstellung eines Leichenpasses (3.2.1)
    - Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (3.2.2)
    - Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, etc (5.1)
    - Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen, Siegeln (5.5)
    - Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, etc. (5.6)
- Gemäß Anmerkung des Regierungspräsidiums und dem Muster des Gemeindetags wird beim städtischen Tatbestand Kirchenaustritt (5.4) zukünftig statt einer Rahmengebühr eine Festgebühr erhoben
- Die Wertfaktoren wurden durch die Ämter überprüft. Hierbei wurde auf Basis eines Hinweises des Regierungspräsidiums festgestellt, dass die Erforderlichkeit von Wertfaktoren für die Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO) nicht gegeben ist, da dem Bürger durch die Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO) keinerlei Vorteil entsteht, wurden die Wertfaktoren dementsprechend angepasst

<u>Amt für Stadtplanung und Umwelt (SU):</u>

- In der aktuellen Fassung der gemeinsamen Gebührensatzung der Verwaltungsgemeinschaft wurde unter dem Punkt 2.6 der Tatbestand „Zurverfügungstellung von Umweltinformationen (einschließlich Vorbereitungsarbeiten)“ neu aufgenommen

<u>Stadtbauamt (SBA) und Städtische Bauverwaltung (SBV):</u>

- Für das SBV wurde ein eigener Minutensatz erstellt, da der Bescheid zur Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz (7.1) seit 2012 nicht mehr durch das SBA, sondern durch das SBV erstellt wird. Beim diesem Tatbestand wurde vom Fachamt bewusst eine Kostenunterdeckung gewählt, da höhere Gebühren dem Thema Glasfaserausbau/ Breitbandausbau entgegenwirken würden

<u>Bauordnungsamt (BOA):</u>

- Der Tatbestand „Befreiungen im Bereich EWärmeG/ EnEV“ wurde neu aufgenommen
- Die Gebühren wurden auf die neu ermittelten Werte angepasst. Die Erhöhungen bei der Baugenehmigung (5.4.1 und 5.4.2) sowie dem vereinfachten Genehmigungsverfahren (5.13) ergeben sich aus dem umfassenderen und komplexeren Verfahren durch die neue LBO
- Der Tatbestand „Baulasten, je Baulasteintragung“ (5.23) ist nun bei den Festgebühren, war vorher eine Rahmengebühr und „Ermittlung von Angrenzerdaten einschl. Angrenzerbenachrichtigung“ (6.3) ist nun bei den Festgebühren, war vorher eine Zeitgebühr
- Bei der Zurücknahme von Anträgen (5.3 und 5.5) sollte eine Anpassung an die Kostendeckung nicht erfolgen, der zweistellige Betrag hat sich in der Vergangenheit immer als Anreiz bewährt, aussichtslose Anträge gegen eine relativ geringe Gebühr zurückzunehmen. Der Verwaltungsaufwand für die Ablehnung ist deutlich höher. Daher wird der geringere Betrag angesetzt.

Gutachterausschuss:

- Die Tatbestände Auskunft aus der Kaufpreissammlung (4.1), Auskunft über Bodenrichtwerte (4.2) und sonstige Auskünfte (4.3) werden aus der Verwaltungsgebührensatzung gestrichen, da die Gebühren für den interkommunalen Gutachterausschuss auf Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses vom 22.02.2021 (siehe DS 2021 / V 00011/1) zwischenzeitlich in separater Gebührensatzung geregelt sind.

AVL:

- Durch die allgemeine Erhöhung der Grundstückspreise hat sich bereits eine Verschiebung der durchschnittlichen Wertgebühren in Richtung von 85,- € ergeben (von bislang 65,- €). Eine darüber hinausgehende Erhöhung der Gebühren, auch wenn man es mit den Gebühren anderer Gemeinden für Negativzeugnisse vergleicht, ist daher nicht notwendig bzw. angemessen.

3. Gebührenkalkulation (siehe Anlage 4)

3.1 Berechnung der Pauschalsätze je Arbeitsstunde für Beamte und Beschäftigte der Stadt Friedrichshafen nach den örtlichen Verhältnissen anhand des Schemas der VwV-Kostenfestlegung

Kalkulationsgrundlagen für die im Verwaltungsgebührenverzeichnis ausgewiesenen öffentlichen Leistungen sind der Zeitaufwand der Verwaltung zur Erstellung der öffentlichen Leistung und die entsprechenden Personal-, Sach- und Gemeinkosten.

Dazu kann die VwV-Kostenfestlegung verwendet werden. Anhand dieser Verwaltungsvorschrift werden in den Landesverwaltungen die Verwaltungsgebühren kalkuliert. In dieser Verwaltungsvorschrift sind Vorgaben zur Kalkulation der Mitarbeiterstundensätze enthalten.

Eine analoge Anwendung dieser Landesvorschrift auf Kommunen ist aus folgenden Gründen zulässig:

- Nach dem vom Finanzministerium Baden-Württemberg herausgegebenen "Allgemeinen Hinweisen zum Landesgebührengesetz" (AH-LGebG) können Kommunen die Kosten grundsätzlich anhand der aktuell geltenden "Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes bei der Festsetzung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren und von sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung" (VwV-Kostenfestlegung) ermitteln, sofern im Einzelfall keine besonderen Verhältnisse vorliegen.

- Auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg bestätigte diese Auffassung, wonach keine Bedenken bestehen, wenn sich eine Gemeinde von den Vorgaben leiten lässt, wie sie in dieser Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums gemacht worden sind. Dies bedeutete im Grundsatz, dass sowohl bei den Personal- als auch den Sachkosten inkl. Gemeinkostenanteilen auf die Kalkulationsmethoden der VwV-Kostenfestlegung zurückgegriffen werden kann.

In der VwV-Kostenfestlegung sind pauschale Stundensätze einschließlich Sach-, Raum- und Gemeinkosten für die einzelnen Laufbahngruppen ausgewiesen.

Zur Ermittlung der Werte der Stadt Friedrichshafen ist es notwendig, die entsprechenden **Personalkosten** zu erheben und auf die Stundensätze nach dem Muster der VwV-Kostenfestlegung umzurechnen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die **Gemeinkosten** der Stadt (Kosten, die der Leistungserbringung nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar zugeordnet werden können, insbesondere Steuerungs- und Serviceleistungen) zu ermitteln und dann als Zuschläge auf die zuvor errechneten durchschnittlichen Stundensätze umzulegen.

Grundlage der Kalkulation bildet die aktuelle VwV-Kostenfestlegung.

Nach der VwV-Kostenfestlegung können – unabhängig von geringeren Jahresarbeitszeitstunden bei Beschäftigten - die ermittelten pauschalierten Personalkostensätze für Beamte auch beim Einsatz von Beschäftigten unter Berücksichtigung der entsprechenden Zuordnung der Entgeltgruppen nach dem TVöD zu den vergleichbaren Besoldungsgruppen verwendet werden. Basis ist eine Vollkostenrechnung nach § 11 KAG (einschließlich Steuerungs- und Servicekosten, Gebäudekosten, Abschreibungen, usw., aber ohne kalkulatorische Zinsen, da diese nach § 11 KAG nicht miteinbezogen werden dürfen).

Für die Kernverwaltung und die Ortsverwaltungen wird vorgeschlagen, wie bisher dieselben Gebühren festzusetzen. Die Erhebung eigens kalkulierter Verwaltungsgebühren in den einzelnen Ortschaften der Stadt Friedrichshafen erscheint nicht sinnvoll. In den Ortschaften werden Verwaltungsgebühren ausschließlich für Leistungen erhoben, die auch in der Kernverwaltung erbracht werden. Die Kalkulation eigener Gebührensätze würde im ungünstigsten Fall fünf verschiedene Gebührensätze (vier Ortschaften und eine Kernverwaltung) über die Stadt Friedrichshafen hinweg für die gleiche Leistung bedeuten. Es ist davon auszugehen, dass der Bürger die Gebührensätze vergleicht. Eine Darstellung verschiedener Gebührensätze für eine Leistung in der Satzung wäre nicht nur für den Bürger unverständlich und nur schwer nachvollziehbar. Bei unterschiedlichen Gebührensätzen könnte es zudem zu Leistungsverschiebungen innerhalb des Stadtgebiets kommen. Zudem stellt sich die Abgrenzung und Vergleichbarkeit der einzelnen Leistungen in den Ortsverwaltungen und der Kernverwaltung nicht einfach dar. Oftmals handelt es sich eher um eine Art Vorarbeit der Ortschaften (Antragsentgegennahme und Weiterleitung von Anträgen) für die Kernverwaltung auf der einen Seite und auf der anderen Seite um eine Art Unterstützung oder Mitwirkung der Kernverwaltung bei den Leistungen der Ortsverwaltungen. Diese Umstände würden zu einem nicht unerheblichen Aufwand führen, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis stünde.

3.2 Kalkulationsschema für die Ermittlung der durchschnittlichen Stundensätze je Laufbahngruppe der Stadt Friedrichshafen

Nach der Methodik der VwV-Kostenfestlegung werden für die Kalkulation ausschließlich die Personalkosten der Beamten herangezogen. Dies ist nach der Rechtsprechung des VGH Baden-Württemberg auch dann zulässig, wenn wie bei der Stadt Friedrichshafen, auch Mitarbeiter im Beschäftigtenverhältnis betraut sind.

Auf der Grundlage der im Jahr 2018 angefallenen Personalkosten für die Beamten wurden ermittelt:
- die durchschnittlichen jährlichen Dienstbezüge der Beamten pro Laufbahngruppe (Festbetrag)
- die Pensionskassenumlagen für aktive Beamte (Festbetrag)
- die Beihilfeumlagen (Festbetrag)
- die Versorgungs- und Beihilfeumlagen für Versorgungsempfänger (Prozentsatz)
- die Zuschläge für Personalnebenkosten (Prozentsatz)

Die gebührenfähigen Kosten sind grundsätzlich aufgrund der örtlichen Verhältnisse der jeweiligen

Kommune sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht errechenbar sind. Bei vorliegender Kalkulation waren die Besoldungssteigerungen für Beamte in Höhe von 3,2% pro Jahr in den Jahren 2019 und 2020 schon bekannt. Die Besoldungserhöhung zum 01.01.2021 um 1,4 % ist hingegen nicht berücksichtigt. Die Kalkulation wurde im September 2019 begonnen und im April 2020 fertiggestellt, dann jedoch aufgrund des Moratoriums zum Haushalt 2020 zurückgestellt, demzufolge im Jahr 2020 keine Gebührenerhöhungen vorgenommen werden sollten. Zusammen mit dem Doppelhaushalt 2021/22 hat der Gemeinderat am 22.03.2021 beschlossen, diese Gebührenanpassung als Teil der Konsolidierungsmaßnahmen zur Verbesserung des Haushalts im Jahr 2021 zu verabschieden (wie in Ziff. 1 ausgeführt). Die Besoldungserhöhung 2021 wurde nicht eingearbeitet, um die Gebührenanpassung zeitnah in Kraft setzen zu können und so zusammen mit dem Aufwand für die Änderung der Kalkulation einen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen. In eineinhalb Jahren wird die nächste Verwaltungsgebührenkalkulation beginnen, so dass die Gebührenanpassungen wie beabsichtigt im zweijährigen Rhythmus stattfinden können.

Die Beihilfe- und Versorgungsumlage für Versorgungsempfänger wird mit 38,82 % der umlagefähigen Dienstbezüge, der Zuschlag für Personalnebenkosten wird mit 2,75 % der umlagefähigen Dienstbezüge jeweils zu jeder Laufbahngruppe hinzugerechnet.

Der Zuschlag für Hilfspersonal wird separat nach dem Verhältnis der VwV-Kostenfestlegung berechnet.

Auf der Grundlage der Daten aus der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) für das Jahr 2018 wurde ein Festbetrag je Mitarbeiter in Höhe von 18.504,61 € zur Abdeckung folgender Kosten ermittelt:
- Kosten der Leitung und Aufsicht
- Gemeinkosten
- Raumkosten
- Ausstattung
- Sächlicher Verwaltungsaufwand

Dieser Festbetrag wurde nach dem prozentualen Verhältnis der VwV-Kostenfestlegung auf die einzelnen Laufbahnen wie folgt aufgeteilt:

- Mittlerer Dienst: 17.263,56 €
- Gehobener Dienst: 19.078,20 €
- Höherer Dienst: 19.172,06 €

Aus dem so errechneten durchschnittlichen Gesamtaufwand je Beamtenlaufbahn dividiert durch die durchschnittliche Arbeitskapazität von 1648 Stunden pro Jahr (analog der VwV-Kostenfestlegung) wurde ein durchschnittlicher Stundensatz pro Laufbahngruppe ermittelt. Dieser wurde auch für die Beschäftigten verwendet, da gem. VwV-Kostenfestlegung unabhängig von den geringeren Jahresarbeitsstunden im Tarifbereich die 1648 Arbeitsstunden bei Beamten und Beschäftigten angewendet werden können.

3.3. Kalkulationsergebnisse: Pauschalsätze je Arbeitsstunde

Es wurden folgende Pauschalsätze je Laufbahn und Arbeitsstunde ermittelt:
- Beamtenlaufbahn mittlerer Dienst: 53,89 € je Arbeitsstunde
- Beamtenlaufbahn gehobener Dienst: 67,69 € je Arbeitsstunde
- Beamtenlaufbahn höherer Dienst: 101,61 € je Arbeitsstunde

Die Besoldungs- und Entgeltgruppen sind gemäß Kapitel 10.6.3 VwV-Haushaltsvollzug 2014 als monetär vergleichbar anzusehen, so dass die o.g. Arbeitsstundensätze auch für Beschäftigte angewendet werden können.

Auf die als Anlage 4 beigefügte Kalkulationsübersicht wird verwiesen.

S A T Z U N G

ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG) vom *Datum*

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen am *DATUM* folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Die Stadt Friedrichshafen erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren) soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2 Gebührenfreiheit

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:

a) Gnadensachen

b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,

c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,

d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,

e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,

f) die behördliche Informationsgewinnung,

g) Verfahren, die von der Stadt Friedrichshafen ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

(2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit

a) das Land Baden-Württemberg

b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,

c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie die Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

(3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3 Gebührenschuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet

a) dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,

b) der die Gebühren- und Auslagenschuld der Stadt Friedrichshafen gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder

c) der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,- EUR bis 10.000,- EUR zu erheben.

(2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner.

(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

(4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, eine Verwaltungsgebühr von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 3,- EUR, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr wird in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung schon begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,- EUR. Eine Gebühr wird in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

§ 5 Entstehung der Gebühr

(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

(2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

(1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.

(2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Stadt kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.

(3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Stadt Friedrichshafen erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.

(2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere

a) Gebühren für die Telekommunikation,

b) Reisekosten,

c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,

d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,

e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,

f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.

(3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8 Schlussvorschriften

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührensatzung vom 03.11.2014 und alle sonstigen dieser Satzung vom *DATUM* entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

GEBÜHRENVERZEICHNIS STADT FRIEDRICHSHAFEN

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom *Datum*

Vorbemerkung:

Sollten einzelne Gebührentatbestände der Umsatzsteuer unterliegen, gelten die genannten Beträge als Nettobeträge und die Steuer wird nach dem jeweils geltenden Steuersatz zusätzlich gefordert.

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr
1	**ALLGEMEINE GEBÜHRENTATBESTÄNDE**	
1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr nach § 4 Abs. 1 dieser Satzung	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR
1.2	Ablehnung eines Antrags nach § 4 Abs. 4 dieser Satzung	
1.2.1	Ablehnung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung aus sachlichen Gründen abgelehnt, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, mindestens jedoch 3,00 EUR.	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.2.2	Ablehnung wegen Unzuständigkeit	gebührenfrei
1.3	Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung vom Antragsteller zurückgenommen, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, maximal die Hälfte der vollen Gebühr, mindestens jedoch 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.4	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dgl., die von der Stadt Friedrichshafen nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt Friedrichshafen nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.	5,60 EUR bis 234,00 EUR
1.5	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)	
1.5.1	wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	5,60 EUR bis 1.124,00 EUR
1.5.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR
1.6	Auskünfte	
1.6.1	insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche, soweit nichts anderes bestimmt ist.	2,80 EUR bis 234,00 EUR
1.6.2	mündliche Auskünfte	gebührenfrei
1.7	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dgl. Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	11,20 EUR bis 1.124,00 EUR
1.8	Gutachten (Augenscheine), soweit nichts anderes bestimmt ist nach dem Wert des Gegenstandes	1 bis 5 % des Gegenstandswertes, jedoch mind. 14,00 EUR je vollendete ¼ h der Inanspruchnahme
1.9	Vervielfältigungen	
1.9.1	Fotokopien, bei Anfertigung durch städt. Personal	
1.9.1.1	Format bis DIN A4 je Seite	1,10 EUR

1.9.1.2	Format größer DIN A4 je Seite	1,10 EUR
1.9.2	Leistungsverzeichnisse	
1.9.2.1	Leistungsverzeichnisse, je Doppelexemplar	15,00 EUR bis 60,00 EUR zuzüglich Postversand
1.9.2.2	Leistungsverzeichnisse auf Datenträgern, je Stück	8,80 EUR

2	**LIEGENSCHAFTSWESEN (11.33)**	
	GRUNDSTÜCKSVERKEHR (11.33)	
	Abwicklung von Grundstücksgeschäften und Erbbaurechten (11.33.01)	
2.1	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB bei Grundstücksgeschäften im Wert	
2.1.1	bis 5.000 EUR	10,00 EUR
2.1.2	bis 50.000 EUR	20,00 EUR
2.1.3	bis 150.000 EUR	25,00 EUR
2.1.4	bis 500.000 EUR	35,00 EUR
2.1.5	über 500.000 EUR	65,00 EUR
2.2	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 29 WG bei Grundstücksgeschäften	27,00 EUR
2.3	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB + § 29 WG	
2.3.1	bis 5.000 EUR	20,00 EUR
2.3.2	bis 50.000 EUR	45,00 EUR
2.3.3	bis 150.000 EUR	55,00 EUR
2.3.4	bis 500.000 EUR	65,00 EUR
2.3.5	über 500.000 EUR	85,00 EUR

3	**ORDNUNGSWESEN (12.20)**	
	ALLGEMEINE SICHERHEIT UND ORDNUNG	
	Verwaltung von Fundsachen/Fundtieren (12.20.01)	
3.1	Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
3.1.1	bei Sachen bis zu 10,- EUR Wert	gebührenfrei
3.1.2	bei Sachen bis zu 500,- EUR Wert	3 % des Wertes, mind. 5,00 EUR
3.1.3	bei Sachen über 500,- EUR Wert	3% für die ersten 500€, darüber hinaus 1% des Wertes
3.1.4	bei Tieren	3 % des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten
3.1.5	bei Fundfahrrädern	10,00 EUR

	Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr (12.20.02)	
3.2	Bestattungsrecht	
3.2.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 u. 45 Bestattungsgesetz)	4,60 EUR bis 65,00 EUR
3.2.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	4,60 EUR bis 65,00 EUR
3.3	Fischereischeine Hinweis zu den Gebühren Nr. 3.3.1, 3.3.2 und 3.3.4: Die Fischereiabgabe wird in der vom Land festgesetzten Höhe zusätzlich erhoben (§ 36 FischG)	
3.3.1	Jahresfischereischein	18,70 EUR bis 28,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe
3.3.2	Fischereischein auf Lebenszeit	18,70 EUR bis 56,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe
3.3.3	Jugendfischereischein	9,30 EUR bis 28,00 EUR
3.3.4	Verwaltungsgebühr für die Erhebung der Fischereiabgabe	4,60 EUR bis 18,70 EUR zzgl. Fischereiabgabe (nicht bei 3.3.3)
3.3.5	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Fischereigesetz	32,00 EUR bis 193,00 EUR
	GEWERBEANGELEGENHEITEN	
	Führen/Bereitstellen des Gewerberegisters einschließlich Auskünfte (12.20.04)	
3.4	Gewerbeauskünfte	
3.4.1	einfache Auskünfte	10,70 EUR bis 48,00 EUR
3.4.2	erweiterte Auskünfte	16,00 EUR bis 64,00 EUR
	Bearbeiten von Gestattungen, Sperrzeitverkürzungen und sonstige gaststättenrechtliche Erlaubnisse (12.20.06)	
3.5	Gestattung bis zu vier Tagen (§ 12 GastVO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.6	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO) Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage, je Tag	 21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.7	Befreiung von Verboten für Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 11 Feiertagsgesetz)	10,70 EUR bis 643,00 EUR
	Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse (12.20.07)	
3.8	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)	
3.8.1	Abmeldung	10,70 EUR bis 32,00 EUR
3.8.2	An- und Ummeldung	16,00 EUR bis 386,00 EUR

4	**EINWOHNERWESEN (12.22)**	
	MELDEANGELEGENHEITEN (12.22.01)	
4.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
4.1.1	Einfache Auskunft (§ 44 BMG)	4,60 EUR bis 112,00 EUR
4.1.2	elektronische einfache Auskunft über das Meldeportal (§ 49 Abs. 3 BMG i.V.m. § 5 Abs 1 Satz 4 BW AGBMG)	5,00 EUR

4.1.3	Erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	7,40 EUR bis 112,00 EUR
4.1.4	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 BMG), jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	2,80 EUR
4.1.5	Gruppenauskunft, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird (§ 46, § 50 Abs. 1, 2 u. 3 BMG), jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	4,60 EUR bis 421,00 EUR
4.2	Datenübermittlungen	
4.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 34 BMG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 BMG) jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt.	gebührenfrei
4.2.2	Datenübermittlung nach Nr. 4.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurden	gebührenfrei
4.3	Auskunftssperren	
4.3.1	Eintragung einer Auskunftssperre (§ 51 BMG)	gebührenfrei
4.3.2	Verlängerung wegen Fristablaufs	gebührenfrei
4.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzl. Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte	2,80 EUR bis 112,00 EUR
4.5	Sonstige öffentliche Leistungen der Meldebehörde	5,60 EUR bis 562,00 EUR
4.6	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung	gebührenfrei
4.7	die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG),	gebührenfrei
4.8	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 14 BMG)	gebührenfrei
4.9	Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde zur Erlangung bzw. Aufnahme - von Fahrpreisermäßigungen - sozialen Vergünstigungen - eines Studien- oder Ausbildungsplatzes - einer ehrenamtlichen Tätigkeit - einer unentgeltlichen Tätigkeit bei einer gemeinnützigen Einrichtung - für Rentenzwecke	gebührenfrei

5	**PERSONENSTANDSWESEN (12.23)**	
	ANDERE BEURKUNDUNGEN (12.23.07)	
5.1	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite	4,60 EUR bis 65,00 EUR
5.2	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	3,70 EUR
5.3	Bestätigungen, die die Stadt Friedrichshafen für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommens- und	gebührenfrei

	Körperschaftssteuerrechts (z. B. §§ 10b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigung)	
5.4	Öffentliche Leistungen im Kirchenaustrittsverfahren je Person	50,00 EUR
	AMTLICHE BEGLAUBIGUNGEN (12.23.11)	
5.5	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen, Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Unterschrift erhobenen Gebühr zum Ansatz.	4,60 EUR bis 65,00 EUR
5.6	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite	4,60 EUR bis 65,00 EUR
	BEHÖRDLICHE NAMENSÄNDERUNGEN (12.23.09)	
	Öffentlich-rechtliche Namensänderung	
5.7	Änderung eines Familiennamens	2,50 EUR bis 1.022,00 EUR
5.8	Änderung eines Vornamens	2,50 EUR bis 255,00 EUR

6	**BAUORDNUNGSRECHT (52.10)** Soweit Gebühren nach den Baukosten zu berechnen sind, ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 1, Kostengruppe 300 und 400 (in der jeweils gültigen Fassung) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen. Die Baukosten sind auf volle 100,00 € aufzurunden. Zu den Bau- und Herstellungskosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.	
	ANTRAGS- UND KENNTNISGABEVERFAHREN	
	Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO (52.10.03)	
6.1	Vollständigkeitsbestätigung	3 ‰ der Baukosten, mind. 190,00 EUR
6.2	Zurücknahme eines Antrags	66,00 EUR bis 397,00 EUR
	BERATUNG UND INFORMATION (52.10.12)	
	Baulastenbuch (Führung, Auskünfte) (52.10.11)	
6.3	**Ermittlung von Angrenzerdaten einschl. Angrenzerbenachrichtigung**	46,00 EUR
6.4	**Angrenzerbenachrichtigung**	25,00 EUR

7	**TIEFBAU**	
	BEREITSTELLUNG UND BETRIEB VON VERKEHRSWEGEN	
	Sonstige Leistungen des Straßenbaulastträgers (54.80)	
7.1	Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz	90,00 EUR bis 200,00 EUR

8	**LANDESINFORMATIONSFREIHEITSGESETZ (LIFG)**	
	Auskünfte und Einsichtnahmen	
8.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei

8.2	Informationen über die Kosten nach § 10 Abs. 2 LIFG	gebührenfrei
8.3	Informationsrecht zu amtlichen Informationen in einfachen Fällen (§10 Abs. 3 LIFG)	gebührenfrei
8.4	Mehr als einfacher Aufwand ohne Vorabinformation des Antragstellers (§10 Abs. 2 LIFG)	15,00 EUR bis 200,00 EUR
8.5	Umfangreicher Aufwand mit Vorabinformation des Antragstellers	201,00 EUR bis 500,00 EUR
8.6	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise	Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1

Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung, gelten nach § 4 Abs.4 GemO als unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Friedrichshafen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.
Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Friedrichshafen, den *Datum Ausschuss*

Ausgefertigt!

Andreas Brand
Oberbürgermeister

SYNOPSE
zur städtischen Satzung

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom *Datum*

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr neu	Gebühr alt
1	**ALLGEMEINE GEBÜHRENTATBESTÄNDE**		
1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr nach § 4 Abs. 1 dieser Satzung	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR
1.2	Ablehnung eines Antrags nach § 4 Abs. 4 dieser Satzung		
1.2.1	Ablehnung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung aus sachlichen Gründen abgelehnt, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, mindestens jedoch 3,00 EUR.	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.2.2	Ablehnung wegen Unzuständigkeit	gebührenfrei	gebührenfrei
1.3	Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung vom Antragsteller zurückgenommen, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, maximal die Hälfte der vollen Gebühr, mindestens jedoch 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.4	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dgl., die von der Stadt Friedrichshafen nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt Friedrichshafen nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.	5,60 EUR bis 234,00 EUR	5,00 EUR bis 220,00 EUR
1.5	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)		
1.5.1	wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	5,60 EUR bis 562,00 EUR	5,00 EUR bis 528,00 EUR
1.5.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR
1.6	Auskünfte		
1.6.1	insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche, soweit nichts anderes bestimmt ist.	2,80 EUR bis 112,00 EUR	2,00 EUR bis 105,00 EUR

1.6.2	mündliche Auskünfte	gebührenfrei	gebührenfrei
1.7	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dgl. Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	11,20 EUR bis 1.124,00 EUR	10,00 EUR bis 1.056,00 EUR
1.8	Gutachten (Augenscheine), soweit nichts anderes bestimmt ist nach dem Wert des Gegenstandes	1 bis 5 % des Gegenstandswertes, jedoch mind. 14,00 EUR je vollendete ¼ h der Inanspruchnahme	1 bis 5 %, mind. jedoch je angefangene ¼ h der Inanspruchnahme 13,00 EUR
1.9	Vervielfältigungen		
1.9.1	Fotokopien, bei Anfertigung durch städt. Personal		
1.9.1.1	Format bis DIN A4 je Seite	1,10 EUR	1,00 EUR
1.9.1.2	Format größer DIN A4 je Seite	1,10 EUR	1,00 EUR
1.9.2	Leistungsverzeichnisse		
1.9.2.1	Leistungsverzeichnisse, je Doppelexemplar zuzüglich Postversand	15,00 EUR bis 60,00 EUR	15,00 EUR bis 60,00 EUR
1.9.2.2	Leistungsverzeichnisse auf Datenträgern, je Stück	8,80 EUR	8,00 EUR

2	**LIEGENSCHAFTSWESEN (11.33)**		
	GRUNDSTÜCKSVERKEHR (11.33)		
	Abwicklung von Grundstücksgeschäften und Erbbaurechten (11.33.01)		
2.1	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB bei Grundstücksgeschäften im Wert		
2.1.1	bis 5.000 EUR	10,00 EUR	10,00 EUR
2.1.2	bis 50.000 EUR	20,00 EUR	20,00 EUR
2.1.3	bis 150.000 EUR	25,00 EUR	25,00 EUR
2.1.4	bis 500.000 EUR	35,00 EUR	35,00 EUR
2.1.5	über 500.000 EUR	65,00 EUR	65,00 EUR
2.2	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 29 WG bei Grundstücksgeschäften	27,00 EUR	27,00 EUR
2.3	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB + § 29 WG		

2.3.1	bis 5.000 EUR	20,00 EUR	20,00 EUR
2.3.2	bis 50.000 EUR	45,00 EUR	45,00 EUR
2.3.3	bis 150.000 EUR	55,00 EUR	55,00 EUR
2.3.4	bis 500.000 EUR	65,00 EUR	65,00 EUR
2.3.5	über 500.000 EUR	85,00 EUR	85,00 EUR

3	**ORDNUNGSWESEN (12.20)**		
	ALLGEMEINE SICHERHEIT UND ORDNUNG		
	Verwaltung von Fundsachen/Fundtieren (12.20.01)		
3.1	Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder		
3.1.1	bei Sachen bis zu 10,- EUR Wert	gebührenfrei	gebührenfrei
3.1.2	bei Sachen bis zu 500,- EUR Wert	3 % des Wertes, mind. 5,00 EUR	3 % des Wertes, mind. 5,00 EUR
3.1.3	bei Sachen über 500,- EUR Wert	3% für die ersten 500€, darüber hinaus 1% des Wertes	3 % von 500,00 EUR und 1 % des Mehrwertes
3.1.4	bei Tieren	3 % des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten	3 % des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten
3.1.5	bei Fundfahrrädern	10,00 EUR	10,00 EUR
	Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr (12.20.02)		
3.2	Bestattungsrecht		
3.2.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 u. 45 Bestattungsgesetz)	4,60 EUR bis 65,00 EUR	5,00 EUR bis 131,00 EUR
3.2.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	4,60 EUR bis 65,00 EUR	5,00 EUR bis 131,00 EUR
3.3	Fischereischeine Hinweis zu den Gebühren Nr. 3.3.1, 3.3.2 und 3.3.4: Die Fischereiabgabe wird in der vom Land festgesetzten Höhe zusätzlich erhoben (§ 36 FischG)		
3.3.1	Jahresfischereischein	18,70 EUR bis 28,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe	17,00 EUR bis 26,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe
3.3.2	Fischereischein auf Lebenszeit	18,70 EUR bis 56,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe	17,00 EUR bis 52,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe

3.3.3	Jugendfischereischein	9,30 EUR bis 28,00 EUR	8,00 EUR bis 26,00 EUR
3.3.4	Verwaltungsgebühr für die Erhebung der Fischereiabgabe	4,60 EUR bis 18,70 EUR zzgl. Fischereiabgabe (nicht bei 3.3.3)	4,00 EUR bis 17,00 EUR zzgl. Fischereiabgabe (nicht bei 3.3.3)
3.3.5	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Fischereigesetz	32,00 EUR bis 193,00 EUR	28,00 EUR bis 171,00 EUR
	GEWERBEANGELEGENHEITEN		
	Führen/Bereitstellen des Gewerberegisters einschließlich Auskünfte (12.20.04)		
3.4	Gewerbeauskünfte		
3.4.1	einfache Auskünfte	10,70 EUR bis 48,00 EUR	9,00 EUR bis 42,00 EUR
3.4.2	erweiterte Auskünfte	16,00 EUR bis 64,00 EUR	14,00 EUR bis 57,00 EUR
	Bearbeiten von Gestattungen, Sperrzeitverkürzungen und sonstige gaststättenrechtliche Erlaubnisse (12.20.06)		
3.5	Gestattung bis 4 Tage (§ 12 GastVO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR	19,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.6	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO) Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage, je Tag	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.7	Befreiung von Verboten für Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 11 Feiertagsgesetz)	10,70 EUR bis 643,00 EUR	9,00 EUR bis 572,00 EUR
	Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse (12.20.07)		
3.8	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)		
3.8.1	Abmeldung	10,70 EUR bis 32,00 EUR	9,00 EUR bis 28,00 EUR
3.8.2	An- und Ummeldung	16,00 EUR bis 386,00 EUR	14,00 EUR bis 343,00 EUR

4	**EINWOHNERWESEN (12.22)**		
	MELDEANGELEGENHEITEN (12.22.01)		
4.1	Auskünfte aus dem Melderegister		
4.1.1	Einfache Auskunft (§ 44 BMG)	4,60 EUR bis 112,00	4,00 EUR bis 105,00

		EUR	EUR
4.1.2	elektronische einfache Auskunft über das Meldeportal (§ 49 Abs. 3 BMG i.V.m. § 5 Abs 1 Satz 4 BW AGBMG)	5,00 EUR	-
4.1.3	Erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	7,40 EUR bis 112,00 EUR	7,00 EUR bis 105,00 EUR
4.1.4	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 BMG), jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	2,80 EUR	2,50 EUR
4.1.5	Gruppenauskunft, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird (§ 46, § 50 Abs. 1, 2 u. 3 BMG), jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	4,60 EUR bis 421,00 EUR	4,00 EUR bis 396,00 EUR
4.2	Datenübermittlungen		
4.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 34 BMG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 BMG) jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt.	gebührenfrei	gebührenfrei
4.2.2	Datenübermittlung nach Nr. 4.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurden	gebührenfrei	gebührenfrei
4.3	Auskunftssperren		
4.3.1	Eintragung einer Auskunftssperre (§ 51 BMG)	gebührenfrei	gebührenfrei
4.3.2	Verlängerung wegen Fristablaufs	gebührenfrei	gebührenfrei
4.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzl. Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte	2,80 EUR bis 112,00 EUR	2,00 EUR bis 105,00 EUR
4.5	Sonstige öffentliche Leistungen der Meldebehörde	5,60 EUR bis 562,00 EUR	5,00 EUR bis 528,00 EUR
4.6	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung	gebührenfrei	gebührenfrei
4.7	die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG),	gebührenfrei	gebührenfrei
4.8	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 14 BMG)	gebührenfrei	gebührenfrei
4.9	Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde zur Erlangung bzw. Aufnahme - von Fahrpreisermäßigungen - sozialen Vergünstigungen - eines Studien- oder Ausbildungsplatzes	gebührenfrei	gebührenfrei

	- einer ehrenamtlichen Tätigkeit - einer unentgeltlichen Tätigkeit bei einer gemeinnützigen Einrichtung - für Rentenzwecke		

5	**PERSONENSTANDSWESEN (12.23)**		
	ANDERE BEURKUNDUNGEN (12.23.07)		
5.1	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite	4,60 EUR bis 65,00 EUR	4,00 EUR bis 114,00 EUR
5.2	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	3,70 EUR	3,50 EUR
5.3	Bestätigungen, die die Stadt Friedrichshafen für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommens- und Körperschaftssteuerrechts (z. B. §§ 10b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigung)	gebührenfrei	gebührenfrei
5.4	Öffentliche Leistungen im Kirchenaustrittsverfahren je Person	50,00 EUR	10,00 EUR bis 196,00 EUR
	AMTLICHE BEGLAUBIGUNGEN (12.23.11)		
5.5	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen, Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste Unterschrift erhobenen Gebühr zum Ansatz.	4,60 EUR bis 65,00 EUR	4,00 EUR bis 114,00 EUR
5.6	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite	4,60 EUR bis 65,00 EUR	4,00 EUR bis 114,00 EUR
	BEHÖRDLICHE NAMENSÄNDERUNGEN (12.23.09)		
	Öffentlich-rechtliche Namensänderung		
5.7	Änderung eines Familiennamens	2,50 EUR bis 1.022,00 EUR	-
5.8	Änderung eines Vornamens	2,50 EUR bis 255,00 EUR	-

6	**BAUORDNUNGSRECHT (52.10)** **Soweit Gebühren nach den Baukosten zu berechnen sind, ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 1, Kostengruppe 300 und 400 (in der jeweils gültigen Fassung) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen. Die Baukosten sind auf volle 100,00 € aufzurunden. Zu den Bau- und Herstellungskosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.**		
	ANTRAGS- UND KENNTNISGABEVERFAHREN		
	Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO (52.10.03)		
6.1	Vollständigkeitsbestätigung	3 ‰ der Baukosten, mind. 190,00 EUR	3 ‰ der Baukosten, mind. 250,00 EUR
6.2	Zurücknahme eines Antrags	66,00 EUR bis 397,00 EUR	63,00 EUR bis 383,00 EUR
	BERATUNG UND INFORMATION (52.10.12)		
	Baulastenbuch (Führung, Auskünfte) (52.10.11)		
6.3	**Ermittlung von Angrenzerdaten einschl. Angrenzerbenachrichtigung**	46,00 EUR	15,00 EUR
6.4	**Angrenzerbenachrichtigung**	25,00 EUR	-

7	**TIEFBAU**		
	BEREITSTELLUNG UND BETRIEB VON VERKEHRSWEGEN		
	Sonstige Leistungen des Straßenbaulastträgers (54.80)		
7.1	Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz	90,00 EUR bis 200,00 EUR	90,00 EUR bis 200,00 EUR

8	**LANDESINFORMATIONSFREIHEITSGESETZ (LIFG)**		
	Auskünfte und Einsichtnahmen		
8.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei	

8.2	Informationen über die Kosten nach § 10 Abs. 2 LIFG	gebührenfrei	
8.3	Informationsrecht zu amtlichen Informationen in einfachen Fällen (§10 Abs. 3 LIFG)	gebührenfrei	
8.4	Mehr als einfacher Aufwand ohne Vorabinformation des Antragstellers (§10 Abs. 2 LIFG)	15,00 EUR bis 200,00 EUR	
8.5	Umfangreicher Aufwand mit Vorabinformation des Antragstellers	201,00 EUR bis 500,00 EUR	
8.6	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise	Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1	

Berechnung des Pauschal-Stundensatzes

Datenbasis 2018

						0,3882	0,0275			1648							1648
						Zuschläge für			Summe		Zuschläge für					Summe	
Laufbahn	durchschn. jährl. Dienstbezüge	2018 auf 2019 Tariferhöhung von 3,2%	2019 auf 2020 Tariferhöhung von 3,2%	Pensions-kassen-umlage (aktive Beamte)	Beihilfe	Versorgung und Beihilfe d. Versorgungsempf. (38,82 % (1) der Dienstbezüge)	Personalnebenkosten (2,75 % (2) der Dienstbezüge)	Hilfspersonal	(Spalten 2 - 9)	Personalkostenpauschale / Arbeitsstunde (Spalte 9 / 1648 Arbeitsstunden)	Kosten der Leitung und Aufsicht	Gemeinkosten	Raumkosten	Ausstattung	sächl. Verwaltungsaufwand	(Spalten 10, 12 bis 16)	Pauschalsatz / Arbeitsstunde (Spalte 17 / 1648 Arbeitsstunden)
								- Beträge in Euro -									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Mittlerer Dienst	34.675	1.110	1.145	14.295	2.865	13.461	954	3.045	71.549	43,42			17.264			88.813	**53,89**
Gehob. Dienst	46.022	1.473	1.520	18.245	3.043	17.866	1.266	3.045	92.479	56,12			19.078			111.557	**67,69**
Höherer Dienst	77.057	2.466	2.545	28.096	3.038	29.914	2.119	3.045	148.279	89,97			19.172			167.451	**101,61**

Erläuterungen:

(1)			(2)	
Versorgungsumlage der Versorgungsempfänger		1.204.007,40 €	Berechnung der gesamten Personalnebenausgaben der Stadt Friedrichshafen	
Beihilfeumlage der Versorgungsempfänger		598.116,84 €	Personalnebenkosten	798.863,68 €
	Gesamt:	1.802.124,24 €		
Beamtenbezüge:		4.641.911,47 €	Beamtenbezüge und Entgelte der Beschäftigten	29.047.778,05 €
%-Verhältnis Beamtenbezüge zu Gesamt:		38,82	%-Verhältnis Nebenkosten zu Bezügen:	2,75

218.411,75 € ATZ von der Gesamtsumme der Entgelte abzuziehen
in Freistellung währende MA (Altersteilzeit) sind nicht gebührenfähig

Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung (BSO)

Abteilung Bürgeramt

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungskosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2021	2014	Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR
14,8	Mittlerer Dienst	53,89	799,74					
3,0	Gehob. Dienst	67,69	203,08					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00					
				56,21196068		**0,936866011**	**0,880216174**	

Veränderung in €	Veränderung in %
0,06 €	6%

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungskosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2021	2014	Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR
0,6	Mittlerer Dienst	53,89	34,49					
2,0	Gehob. Dienst	67,69	135,38					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00					
				64,3465364		**1,072442273**	**0,954573324**	

Veränderung in €	Veränderung in %
0,12 €	12%

Abteilung Standesamtswesen

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungskosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2021	2014	Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR
5,0	Mittlerer Dienst	53,89	271,07					
1,0	Gehob. Dienst	67,69	67,69					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00					
				56,17988749		**0,936331458**	**1,008417347**	

Veränderung in €	Veränderung in %
- 0,07 €	-7%

Abteilung Verkehrswesen

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungskosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR		
7,8	Mittlerer Dienst	53,89	420,35					
5,0	Gehob. Dienst	67,69	338,46					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00				Veränderung in €	Veränderung in %
				59,28220625	**0,988036771**	**0,957336372**	0,03 €	3%

Bauordnungsamt (BOA)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR		
3,8	Mittlerer Dienst	53,89	203,17					
7,5	Gehob. Dienst	67,69	507,69					
1,0	Höherer Dienst	101,61	101,61				Veränderung in €	Veränderung in %
				66,21596967	**1,103599494**	**1,064301741**	0,04 €	4%

Stadtplanungsamt (PL)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR		
1,8	Mittlerer Dienst	53,89	95,34					
6,0	Gehob. Dienst	67,69	406,15					
2,0	Höherer Dienst	101,61	203,22				Veränderung in €	Veränderung in %
				72,13635927	**1,202272654**	**1,063383863**	0,14 €	13%

Stadtbauamt (SBA)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR		
11,3	Mittlerer Dienst	53,89	608,97					
36,8	Gehob. Dienst	67,69	2489,23					
3,0	Höherer Dienst	101,61	304,83				Veränderung in €	Veränderung in %
				66,63094726	**1,110515788**	**1,007744738**	0,10 €	10%

Gutachterausschuss BauGB

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR	Veränderung in €	Veränderung in %
1,0	Mittlerer Dienst	53,89	53,89					
1,0	Gehob. Dienst	67,69	67,69					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00					
				60,79170336	**1,013195056**	**1,05220104**	- 0,04 €	-4%

Amt f. Vermessung und Liegenschaften (AVL)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR	Veränderung in €	Veränderung in %
6,0	Mittlerer Dienst	53,89	323,19					
1,0	Gehob. Dienst	67,69	67,69					
0,0	Höherer Dienst	101,61	0,00					
				55,86357852	**0,931059642**	**0,888462024**	0,04 €	5%

Amt für Stadtplanung und Umwelt (SU)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR
0,9	Mittlerer Dienst	53,89	48,36			
3,0	Gehob. Dienst	67,69	203,08			
1,0	Höherer Dienst	101,61	101,61			
				72,088673	**1,201477883**	**1,085114438**

Veränderung in €	Veränderung in %
0,12 €	11%

Städtische Bauverwaltung (SBV)

Anzahl	Laufbahn	Stundensatz in EUR	Abteilungs-kosten je Laufbahn	Durchschnittlicher Stundensatz für Abteilung in EUR	2021 Durchschnittlicher Minutensatz für Abteilung in EUR	2014 Durchschnittliche r Minutensatz für Abteilung in EUR
2,0	Mittlerer Dienst	53,89	107,78			
6,4	Gehob. Dienst	67,69	435,80			
1,0	Höherer Dienst	101,61	101,61			
				68,36124593	**1,139354099**	

Durchschnittlicher Stundensatz aller gebührenrelevanten Ämter

2021 Durchschnittlicher Stundensatz aller gebührenrelevanten Ämter in EUR	2014 Durchschnittlicher Stundensatz aller gebührenrelevanten Ämter in EUR	Veränderung in EUR	Veränderung in %
63,46446071	59,77050637	3,693954343	6,18%

2021 Durchschnittlicher Minutensatz aller gebührenrelevanten Ämter in EUR	2014 Durchschnittlicher Minutensatz aller gebührenrelevanten Ämter in EUR	Veränderung in EUR	Veränderung in %
1,057741012	0,996175106	0,061565906	6,18%

Allgemeine Gebührentatbestände

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								Anmerkungen
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in Minuten max. Zeitaufwand in Minuten	min. Verw.kosten max. Verwaltungskosten	Material- und Servicekosten für Multifunktionsgeräte inkl. MwSt.	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze	**Gebühr 2021**	**Gebühr 2014**	
1	1	Allgemeine Gebührentatbestände								
1.1	1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr nach § 4 I dieser Satzung	Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,- EUR bis 10.000,- EUR zu erheben. Eine exakte Kalkulation wird im Einzelfall anhand des erforderlichen Zeitaufwandes, dem Minutensatz der beteiligen Abteilung(en) und ggfs. unter der Berücksichtigung von Wertfaktoren (Ermessensausübung des jeweiligen Amtes) vorgenommen, so dass eine kostendeckende Kalkulation gewährleistet ist.					3-10.000 EUR	3-10.000 EUR	
1.2	1.2	Ablehnung eines Antrags nach § 4 Abs. 4 dieser Satzung								
1.2.1	1.2.1	Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung aus sachlichen Gründen abgelehnt, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, mindestens jedoch 3,00 EUR.						1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR	
1.2.2	1.2.2	Ablehnung wegen Unzuständigkeit						gebührenfrei	gebührenfrei	
1.3	1.3	Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist.(Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung vom Antragsteller zurückgenommen, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist)						1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR	
1.4	1.4	Anträge (Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dgl., die von der Stadt Friedrichshafen nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt Friedrichshafen nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.)	6	5,62 €		1	5,62 €	5,60 €	5,00 €	
			250	234,22 €		1	234,22 €	234,00 €	220,00 €	
1.5	1.5	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)								
1.5.1	1.5.1	wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	6	5,62 €		1	5,62 €	5,60 €	5,00 €	Der maximale Zeitaufwand wurde von 600 Minuten auf 1200 Minuten erhöht, da der bisherige Zeitrahmen in komplizierten Fällen nicht ausreichend war
			1200	1.124,24 €		1	1.124,24 €	1.124,00 €	528,00 €	
1.5.2	1.5.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen						1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR	

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								Anmerkungen
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in Minuten max. Zeitaufwand in Minuten	min. Verw.kosten max. Verwaltungskosten	Material- und Servicekosten für Multifunktionsgeräte inkl. MwSt.	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze	**Gebühr 2021**	**Gebühr 2014**	
1.6	1.6	Auskünfte								siehe Kommentar bei 1.5
1.6.1	1.6.1	insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche, soweit nichts anderes bestimmt ist	3 250	2,81 € 234,22 €		1 1	2,81 € 234,22 €	2,80 € 234,00 €	2,00 € 105,00 €	wurde von 120 auf 250 Minuten erhöht
1.6.2	1.6.2	mündliche Auskünfte						gebührenfrei	gebührenfrei	
1.7	1.7	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulässungen, Konzessionen, Bewilligungen und dgl. Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	12 1200	11,24 € 1.124,24 €		1 1	11,24 € 1.124,24 €	11,20 € 1.124,00 €	10,00 € 1.056,00 €	
1.8	1.8	Gutachten (Augenscheine), soweit nichts anderes bestimmt ist nach Wert des Gegenstandes.	15	14,05 €				1 bis 5 % **des Gegenstandswertes** , mind. jedoch je **vollendete** ¼ h der Inanspruchnahme 14,00 EUR	1 bis 5 %, mind. jedoch je angefangene ¼ h der Inanspruchnahme 13,00 EUR	Konkretisierung der Formulierung
1.9	1.9	Vervielfältigungen								
1.9.1	1.9.1	Fotokopien, bei Anfertigung durch städt. Personal								
1.9.1.1	1.9.1.1	Format bis DIN A4 je Seite	1,2	1,124 €	0,0163 €		1,14 €	1,10 €	1,00 €	
1.9.1.2	1.9.1.2	Format größer DIN A4 je Seite	1,2	1,124 €	0,0326 €		1,16 €	1,10 €	1,00 €	

Anmerkung zur Kalkulation der Kopierkosten:
- Material- und Servicekosten für Multifunktionsgeräte: Seitenpreise (inkl. Miete und Papier):
  A4 SW: 0,0163 € / A4 Farbe: 0,0541 €
  A3 SW: 0,0326 € / A3 Farbe: 0,1082 € (jeweils zuzgl.. aktueller MwSt.)
- Zeitaufwand: Beinhaltet die Zeiten für Annahme eines Kopierauftrages durch den städtischen Mitarbeiter, Wegstrecke zu Kopierer, Anmeldung am Kopierer, Materialbeschaffung, Fehlerbehebung, Tonertausch, etc.

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in Minuten max. Zeitaufwand in Minuten	min. Verw.kosten max. Verwaltungskosten		min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze	**Gebühr 2021**	**Gebühr 2014**
8	8	**Leistungen nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (§ 1 Abs. 2 LIFG)**							
		Auskünfte und Einsichtnahmen							
8.1	8.1	mündliche Auskünfte						**gebührenfrei**	
8.2	8.2	Informationen über die Kosten nach § 10 Abs. 2 LIFG						**gebührenfrei**	
8.3	8.3	Informationsrecht zu amtlichen Informationen in einfachen Fällen (§10 Abs. 3 LIFG)						**gebührenfrei**	
8.4	8.4	Mehr als einfacher Aufwand ohne Vorabinformation des Antragstellers (§10 Abs. 2 LIFG)						**15,00 €**	
								200,00 €	
8.5	8.5	Umfangreicher Aufwand mit Vorabinformation des Antragstellers						**201,00 €**	
								500,00 €	
8.6	8.6	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise						**Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1**	

Bei einer einfachen Auskunft beträgt der Aufwand für den Zugriff auf die Informationsquelle weniger als 30 Minuten, wird weder eine Auswertung von Archivgut, eine verwaltungsinterne Abstimmung noch eine besondere rechtliche Wertung erforderlich und es müssen weder zum Schutz besonderer öffentlicher Belange, zum Schutz personenbezogener Daten, zum Schutz des geistigen Eigentums noch zum Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen bestimmte Daten ausgesondert oder geschwärzt werden.

Die Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise umfasst alle Arten des Informationszugangs, die nicht durch Auskunftserteilung oder Einsichtnahme erfolgen, insbesondere die Herausgabe von Kopien oder die Übermittlung einer Datei als Anhang einer E-Mail.

Ein geringer Umfang wird insbesondere angenommen, wenn die Anzahl der herausgegebenen Kopien oder Ausdrucke bei einem Format bis DIN A3 fünf Seiten nicht überschreitet oder das Zusammenstellen und Aufbereiten von einer oder mehreren Dateien als Anhang einer E-Mail oder das Kopieren von Dateien auf einen Datenträger einen Zeitaufwand von 30 Minuten nicht überschreitet. Wird der vorgenannte Umfang überschritten, werden Gebühren gemäß den Nummern 1.9.1 erhoben.

Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung (BSO)

Festgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							Anmerkungen
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min	Kosten pro Einzelfall		Kosten pro Fall	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
12.20.01	**12.20.01**	**Verwaltung von Fundsachen/Fundtieren**							
	3.1.5	bei Fundfahrrädern	20	18,74 €		18,74 €	**10,00 €**	10,00 €	
12.22.01	**12.22.01**	**Meldeangelegenheiten**							
	4.1.2	elektronische einfache Auskunft über das Meldeportal (§ 49 Abs. 3 BMG i.V.m. § 5 Abs. 1 Satz 4 BW AGBMG)		0,94 €		0,94 €	**5,00 €**		Neuer Tatbestand gemäß der Mustersatzung des Gemeindetages
	4.1.4	Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 u. 3 MG) jeweils für eine Person	3	2,81 €		2,81 €	**2,80 €**	2,50 €	
-	~~4.2.3~~	~~Datenübermittlung an den Südwestrundfunk bzw. die GEZ nach § 35 BMG 20.000 -100.000 Einwohner~~						~~0,13 € jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt~~	Tatbestand ist inzwischen gebührenbefreit und wird daher gestrichen

Sachgebiet Bürgeramt

Wertgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Nr.	Nr.	Leistung	durchschn. Zeitaufwand pro Fall in min	Anzahl Einzelfälle pro Jahr	Zeitaufwand pro Jahr in min	Kosten pro Jahr	Kosten pro Fall	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.20.01	**12.20.01**	**Verwaltung von Fundsachen/Fundtieren**							
	3.1	Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder							
	3.1.1	bei Sachen bis zu 10 EUR Wert	8	1000	8000	7.494,93 €	7,49 €	gebührenfrei	gebührenfrei
	3.1.2	bei Sachen bis zu 500 EUR Wert	8	330	2640	2.473,33 €	7,49 €	3% des Wertes, mind. 5,00 EUR	3% des Wertes, mind. 5,00 EUR
	3.1.3	bei Sachen über 500 EUR Wert	8	3	24	22,48 €	7,49 €	Für die ersten 500,00 € 3%, darüber hinaus 1% des Wertes	3% v. 500,00 EUR und 1% des Mehrwertes
	3.1.4	bei Tieren	8	500	4000	3.747,46 €	7,49 €	3% des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten	3% des Wertes, mind. jedoch die Unterbringungskosten

Konkretisierung der Formulierung

Sachgebiet Bürgeramt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.20.03	**12.20.03**	**Bearbeitung von Jagd- und Fischereiwesen**							
	3.3	Fischereischeine							
	3.3.1	Jahresfischereischein zzgl. Fischereiabgabe	20	18,74 €	1,00	18,74 €	UG	**18,70 €**	17,00 €
			30	28,11 €	1,00	28,11 €	OG	**28,00 €**	26,00 €
	3.3.2	Fischereischein auf Lebenszeit zzgl. Fischereiabgabe	20	18,74 €	1,00	18,74 €	UG	**18,70 €**	17,00 €
			30	28,11 €	2,00	56,21 €	OG	**56,00 €**	53,00 €
	3.3.3	Jugendfischereischein	20	18,74 €	0,50	9,37 €	UG	**9,30 €**	8,00 €
			30	28,11 €	1,00	28,11 €	OG	**28,00 €**	26,00 €
	3.3.4	Verwaltungsgebühr für die Erhebung der Fischereiabgabe zzgl. Fischereiabgabe	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €
			20	18,74 €	1,00	18,74 €	OG	**18,70 €**	17,00 €
	3.3.5	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Fischereigesetz	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			180	193,04 €	1,00	193,04 €	OG	**193,00 €**	175,00 €

Sachgebiet Bürgeramt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
12.22.01	**12.22.01**	**Meldeangelegenheiten**								
	4.1	Auskünfte aus dem Meldregister								
	4.1.1	Einfache Auskunft (§ 44 Abs. 1 BMG)	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €	
			30	28,11 €	4,00	112,42 €	OG	**112,00 €**	107,00 €	
	4.1.2	bei Festgebühren								
	4.1.3	Erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	8	7,49 €	1,00	7,49 €	UG	**7,40 €**	7,00 €	
			30	28,11 €	4,00	112,42 €	OG	**112,00 €**	107,00 €	
	4.1.4	bei Festgebühren								
	4.1.5	Gruppenauskunft (§ 46, § 50 Abs. 1, 2 u. 3 BMG) jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €	
			30	28,11 €	15,00	421,59 €	OG	**421,00 €**	404,00 €	

Sachgebiet Bürgeramt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
	4.2	Datenübermittlungen							
	4.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 34 BMG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften (§42 BMG) jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt.						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.2.2	Datenübermittlung nach 4.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurden						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.3	Auskunftssperren							
	4.3.1	Eintragung einer Auskunftssperre (§ 51 Abs. 1 BMG)						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.3.2	Verlängerung wegen Fristablaufs						**gebührenfrei**	gebührenfrei

Sachgebiet Bürgeramt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
	4.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzl. Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen …	3	2,81 €	1,00	2,81 €	UG	**2,80 €**	2,00 €
			30	28,11 €	4,00	112,42 €	OG	**112,00 €**	107,00 €
	4.5	Sonstige öffentliche Leistungen der Meldebehörde	6	5,62 €	1,00	5,62 €	UG	**5,60 €**	5,00 €
			60	56,21 €	10,00	562,12 €	OG	**562,00 €**	539,00 €
	4.6	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.7	die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG)						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.8	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 14 BMG)						**gebührenfrei**	gebührenfrei
	4.9	Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde zur Erlangung bzw. Aufnahme - von Fahrpreisermäßigungen - sozialen Vergünstigungen - eines Studien- oder Ausbildungsplatzes - einer ehrenamtlichen Tätigkeit - einer unentgeltlichen Tätigkeit bei einer gemeinnützigen Einrichtung - für Rentenzwecke						**gebührenfrei**	gebührenfrei

Sachgebiet Bürgeramt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
12.23.07	**12.23.07**	**Andere Beurkundungen, öffentliche Beglaubigungen**								
	5.1	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, etc. mit der Unterschrift je Seite	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €	
			10	9,37 €	7,00	65,58 €	OG	**65,00 €**	116,00 €	gem. GR Protokoll vom 03.11.2014 wurde dieser Wertfaktor von 13 auf 7 gekürzt
	5.2	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist.)	4	3,75 €	1,00	3,75 €		**3,70 €**	3,50 €	
	5.3	Bestätigungen, die die Stadt Friedrichshafen für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommens- und Körperschaftsrechts (z.B. §§ 10b EStG, 9 Nr.3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigung)	1	0,94 €	1,00	0,94 €		**gebührenfrei**	gebührenfrei	
	5.4	bei Festgebühren (Standesamt)								
	5.5	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen, Siegeln	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €	
			10	9,37 €	7,00	65,58 €	OG	**65,00 €**	116,00 €	gem. GR Protokoll vom 03.11.2014 wurde dieser Wertfaktor von 13 auf 7 gekürzt
	5.6	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, etc. mit der Unterschrift je Seite	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	4,00 €	
			10	9,37 €	7,00	65,58 €	OG	**65,00 €**	116,00 €	gem. GR Protokoll vom 03.11.2014 wurde dieser Wertfaktor von 13 auf 7 gekürzt

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.20.03	**12.20.03**	**Bearbeitung von Waffenangelegenheiten, Jagd- und Fischereiwesen**							
3.1		Waffenscheine u. -angelegenheiten							
3.1.1		Ausstellung v. WBK (§§ 10,14,16,20 WaffG), Eintragung v. Erwerbsberechtigungen , Austragung/Änderungen in WBK, Ausstellung gemeinsamer WBK u. Ersatzausfertigung wegen Verlust	12	12,87 €	1,00	12,87 €	UG	**12,80 €**	11,00 €
			100	107,24 €	2,00	214,49 €	OG	**214,00 €**	195,00 €
3.1.2		Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachverständige (§ 18 WaffG)	12	12,87 €	1,00	12,87 €	UG	**12,80 €**	11,00 €
			200	214,49 €	3,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.1.3		Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachsammler bzw. Umschreibung der Waffenbesitzkarte nach Änderung eines Sammelthemas bei Waffensammler (§ 17 WaffG)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			200	214,49 €	3,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.1.4		Ausstellung eines Munitionserwerbsscheins bzw. Eintragung Munitionsberechtigungen in WBK (§ 10 Abs. 3 Satz 2 WaffG)	6	6,43 €	1,00	6,43 €	UG	**6,40 €**	5,00 €
			100	107,24 €	2,00	214,49 €	OG	**214,00 €**	195,00 €
3.1.5		Ausstellung eines Waffenscheins sowie Verlängerung der Geltungsdauer (§10 Abs. 4 WaffG)	35	37,54 €	1,00	37,54 €	UG	**37,00 €**	34,00 €
			150	160,87 €	3,00	482,60 €	OG	**482,00 €**	439,00 €
3.1.6		Ausstellung eines kleinen Waffenscheins (§10 Abs. 4 Satz 4 WaffG)	35	37,54 €	1,00	37,54 €	UG	**37,00 €**	34,00 €
			100	107,24 €	2,00	214,49 €	OG	**214,00 €**	195,00 €
3.1.7		Erlaubnisse zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen/Munition in, durch oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes im Rahmen der EU (§§ 29, 30, 31 WaffG)	12	12,87 €	1,00	12,87 €	UG	**12,80 €**	11,00 €
			30	32,17 €	2,00	64,35 €	OG	**64,00 €**	58,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.1.8		Einwilligung zur Mitnahme v. erlaubnispfl. Schusswaffen u. dafür bestimmte Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes (§32 Abs. 1 bis 5 WaffG)	12	12,87 €	1,00	12,87 €	UG	**12,80 €**	11,00 €
			100	107,24 €	3,00	321,73 €	OG	**321,00 €**	292,00 €
3.1.9		Ausstellung/Verlängerung der Geltungsdauer eines europäischen Waffenpasses, Änderung/sonstige Eintragungen im europäischen Feuerwaffenpass (§32 Abs. 6 WaffG)	12	12,87 €	1,00	12,87 €	UG	**12,80 €**	11,00 €
			30	32,17 €	2,00	64,35 €	OG	**64,00 €**	58,00 €
3.1.10		Erstellung einer Ausnahmegenehmigung (§16 Abs. 2 WaffG), Erlaubnis zum Schießen (§16 Abs. 3 WaffG)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			200	214,49 €	2,00	428,98 €	OG	**428,00 €**	390,00 €
3.1.11		Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§10 Abs. 5 u. §16 Abs. 3 WaffG)	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			240	257,39 €	2,00	514,77 €	OG	**514,00 €**	468,00 €
3.1.12		Erlaubnis zum Waffenhandel u. zur gewerbsmäßigen Waffenherstellung (§21 WaffG)	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			300	321,73 €	5,00	1.608,66 €	OG	**1.608,00 €**	1.463,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.1.13		Erlaubnis zum Betrieb od. zur wesentlichen Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§27 Abs. 1 WaffG) u. Regelüberprüfung der Schießstätten	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			300	321,73 €	2,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.1.14		Überprüfung und Nachkontrolle der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition (§ 36 III WaffG)	25	26,81 €	1,00	26,81 €	UG	**26,00 €**	24,00 €
			120	128,69 €	1,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.1.15		Für die übrigen nicht genannten waffenrechtlichen Erlaubnisse, Bescheinigungen, Widerrufe/ Rücknahmen, Waffenbesitzverbote, Ablehnung von Anträgen od. sonstige Amtshandlungen, die im Interesse oder auf Veranlassung des Gebührenschuldners vorgenommen werden	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			300	321,73 €	5,00	1.608,66 €	OG	**1.608,00 €**	1.463,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.20.04	**12.20.04**	**Führen/Bereitstellen des Gewerberegisters einschließlich Auskünfte**							
	3.4	Gewerbeauskünfte							
	3.4.1	einfache Auskünfte	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			15	16,09 €	3,00	48,26 €	OG	**48,00 €**	43,00 €
	3.4.2	erweiterte Auskünfte	15	16,09 €	1,00	16,09 €	UG	**16,00 €**	14,00 €
			20	21,45 €	3,00	64,35 €	OG	**64,00 €**	58,00 €
12.20.06	**12.20.06**	**Bearbeiten von Gestattungen, Sperrzeitverkürzungen und sonstige gaststättenrechtliche Erlaubnisse**							
3.3		Persönliche Erlaubnis (§ 2 GastG)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			360	386,08 €	10,00	3.860,79 €	OG	**3.860,00 €**	3.513,00 €
3.4		Befristete Erlaubnis (§ 3 Abs. 2 GastG) mit einer Dauer bis zu einem Jahr	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			360	386,08 €	5,00	1.930,40 €	OG	**1.930,00 €**	1.756,00 €
3.5		Zulassung von Ausnahmen von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 2 GastG)	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.6		Stellvertretungserlaubnis (§ 9 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	5,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.7		Vorläufige Erlaubnis (§ 11 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			360	386,08 €	2,00	772,16 €	OG	**772,00 €**	702,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.8		Vorläufige Stellvertretungserlaubnis (§ 11 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			360	386,08 €	2,00	772,16 €	OG	**772,00 €**	702,00 €
	3.5	Gestattung (§ 12 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			240	257,39 €	5,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €
3.9		Gestattung (§ 12 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			240	257,39 €	5,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €
3.10		Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 Satz 2 GastVO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.11		Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	229,00 €
	3.6	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	229,00 €
	3.6	Sperrzeitverkürzung für einzelne Tage	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.12		Erlaubnis für die Beschäftigung von Personen (§ 13 Abs. 2 GastVO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.13		Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG; § 12 Satz 2 GastVO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			360	386,08 €	2,00	772,16 €	OG	**772,00 €**	702,00 €
3.14		Verlängerung von Fristen (§ 8 Satz 2, § 9 Satz 2, § 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.15		Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			360	386,08 €	1,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €
12.20.07	**12.20.07**	**Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse**							
	3.8	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 Abs. 1 GewO)							
	3.8.1	Abmeldung	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			30	32,17 €	1,00	32,17 €	OG	**32,00 €**	29,00 €
	3.8.2	An- und Ummeldung	15	16,09 €	1,00	16,09 €	UG	**16,00 €**	14,00 €
			180	193,04 €	2,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €
3.17		Erlaubnis zum Betrieb einer privaten Krankenanstalt (§ 30 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	5,00	1.608,66 €	OG	**1.608,00 €**	1.463,00 €
3.18		Erlaubnis zu Veranstaltungen nach § 33a GewO	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	5,00	1.608,66 €	OG	**1.608,00 €**	1.463,00 €
3.19		Untersagung eines Betriebs ohne Zulassung (§ 15 Abs. 2 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			180	193,04 €	2,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.20		Gestattung zur Fortführung eines Gewerbes nach dem Tode des Gewerbetreibenden (§ 46 Abs. 3 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			60	64,35 €	5,00	321,73 €	OG	**321,00 €**	292,00 €
3.21		Fristverlängerung beim Erlöschen von Erlaubnissen (§ 49 Abs. 3 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.22		Gewerbeuntersagungen nach § 35 GewO	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	2,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.23		Handwerksuntersagung nach § 16 Abs. 3 Handwerksordnung	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	2,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.24		Spiele							
3.24.1		Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33c Abs. 1 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.24.2		Bestätigung (§ 33c Abs. 3 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			30	32,17 €	5,00	160,87 €	OG	**160,00 €**	146,00 €
3.24.3		Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33d Abs. 1 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.24.4		Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 33i GewO) je Spielgerät	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.25		Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.26		Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes in Kaufhäusern (§ 34a Abs. 1 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.27		Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34a Abs. 1 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.28		Überprüfung des Bewachungspersonals auf ihre Zulässigkeit (§ 9 I BewachG)	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.29		Versteigerer							
3.29.1		Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34b Abs. 1 und 2 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.29.2		Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34b Abs. 5 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			120	128,69 €	10,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €
3.30		Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	5,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.31		Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			180	193,04 €	10,00	1.930,40 €	OG	**1.930,00 €**	1.756,00 €
3.32		Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	10,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
3.33		Reisegewerbe								
3.33.1		Erteilung einer Reisegewerbekarte (§§ 55, 55d GewO sowie § 1 AuslReiseGewV)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €	
			240	257,39 €	5,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €	
3.33.2		Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60c Abs. 2 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €	
			60	64,35 €	5,00	321,73 €	OG	**321,00 €**	292,00 €	
3.33.3		Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55b Abs. 2 GewO)	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €	
			240	257,39 €	5,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €	
3.33.4		Reisegewerbefreie Tätigkeiten (§ 55a Abs. 2 GewO)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €	
			60	64,35 €	5,00	321,73 €	OG	**321,00 €**	292,00 €	
3.34		Ablehnung, Widerruf oder Rücknahme der Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €	
			360	386,08 €	1,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €	
3.35		Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO)	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €	
			240	257,39 €	1,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	1.171,00 €	Da dem Bürger durch die Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO) keinerlei Vorteil entsteht, wurden die Wertfaktoren dementsprechend angepasst
3.36		Erteilung von Blindenwarenvertriebsausweisen	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €	
			240	257,39 €	5,00	1.286,93 €	OG	**1.286,00 €**	1.171,00 €	

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.37		Messen, Ausstellungen, Märkte, Volksfeste							
3.37.1		Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.37.2		Festsetzung von Wochenmärkten	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.37.3		Festsetzung von Spezial- und Jahrmärkten sowie Volksfesten	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			300	321,73 €	10,00	3.217,33 €	OG	**3.217,00 €**	2.927,00 €
3.37.4		Ablehnung, Änderung, Aufhebung, Rücknahme oder Widerruf der Festsetzung von Veranstaltungen nach Nr. … (Messen…)	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			360	386,08 €	1,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €
12.20.06	**12.20.06**	**Sonn- und Feiertagsgesetz**							
	3.7	Befreiung von Verboten nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			60	64,35 €	10,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €
3.16		Befreiung von Verboten nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz	10	10,72 €	1,00	10,72 €	UG	**10,70 €**	9,00 €
			60	64,35 €	10,00	643,47 €	OG	**643,00 €**	585,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.20.08	**12.20.08**	**Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen**							
		Jugendschutz							
3.38		Ausnahmen, Anordnungen und Maßnahmen nach den §§ 4, 5, 7 und 8 Jugendschutzgesetz	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			240	257,39 €	10,00	2.573,86 €	OG	**2.573,00 €**	2.342,00 €
3.39		Prostitutionschutzgesetz							
3.39.1		Bearbeitung des Antrags auf Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2, §§ 15 bis 19 und 24 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**500,00 €**	500,00 €
				1,07		0,00	OG	**2.500,00 €**	2.500,00 €
3.39.2		Zuverlässigkeitsprüfung der Betriebsleitung im Rahmen des Erlaubnisverfahrens und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Nummer 1 und 2 und § 15 Absatz 3 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.3		Verlängerung der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes bei Befristung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2 und den §§ 15 bis 19 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.4		Bearbeitung des Antrags auf Betrieb des Prostitutionsgewer-bes durch Stellvertretung und Wiederholungsprüfung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit den §§ 14 und 15 Absatz 3 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.5		Bearbeitung des Antrags auf Verlängerung des Betriebs des Prostitutionsgewerbes bei Befristung durch Stellvertretung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 14 Absatz 3 und § 15 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €

Die Gebühren zu den Tatbeständen beim Prostitutionsschutzgesetz wurden analog zum Landesgebührengesetz übernommen

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.39.6		Zuverlässigkeitsprüfung einschließlich eventuelles Beschäftigungsverbot für sonstige Beschäftigte je Person (§ 15 Absatz 3 in Verbindung mit § 25 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.7		Erteilung nachträglicher Auflagen beziehungsweise selbstständiger Anordnungen für Betreiberinnen und Betreiber (§ 17 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**100,00 €**	100,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.8		Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 Prost-SchG)		1,07		0,00	UG	**150,00 €**	150,00 €
				1,07		0,00	OG	**500,00 €**	500,00 €
3.39.9		Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen in bisher nicht konzessionierten Prostitutionsstätten, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**150,00 €**	150,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.10		bei Festgebühren							
3.39.11		Entgegennahme der Anzeige zur Aufstellung eines Prostituti-onsfahrzeuges, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 21 Ab-satz 1 bis 3 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**150,00 €**	150,00 €
				1,07		0,00	OG	**500,00 €**	500,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.39.12		bei Festgebühren							
3.39.13		bei Festgebühren							
3.39.14		Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes (§ 23 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**500,00 €**	500,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.500,00 €**	1.500,00 €
3.39.15		Beschäftigungsverbote (außerhalb von Erlaubnisverfahren, § 25 Absatz 3 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**350,00 €**	350,00 €
				1,07		0,00	OG	**1.000,00 €**	1.000,00 €
3.39.16		bei Festgebühren							
3.39.17		Kontrolle durch zwei Mitarbeitende im Zeitumfang bis zu 60 Minuten einschließlich Fahrzeiten (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14 und 24 bis 28 ProstSchG)		1,07		0,00	UG	**120,00 €**	120,00 €
				1,07		0,00	OG	**160,00 €**	160,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Festgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN							
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**						
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min	Kosten pro Einzelfall		Kosten pro Fall	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
3.39.10		Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsveranstaltungen (§ 20 Absatz 3 Satz 2 ProstSchG)					**150,00 €**	150,00 €
3.39.12		Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsfahrzeugen (§ 21 Absatz 3 ProstSchG)					**150,00 €**	150,00 €
3.39.13		Verlängerung der Frist vor Erlöschen der Erlaubnis (§ 22 Satz 2 ProstSchG)					**50,00 €**	50,00 €
3.39.16		Einmalige Betriebskontrolle sowie einmalige Nachkontrolle zur Überwachung der Einhaltung der Erlaubnis sowie der Betreiberpflichten in der Zeit zwischen Erlaubniserteilung und erneuter Zuverlässigkeitsprüfung (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14, 24 bis 28 ProstSchG)					**20,00 €**	20,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
12.20.03	**12.20.03**	**Bearbeiten von Sprengstoffangelegenheiten**							
3.2.1		Festlegung besonderer Anforderungen an die Verwendung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und Sprengstoffzubehör nach § 5 VI SprengG	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.2.2		Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			150	160,87 €	10,00	1.608,66 €	OG	**1.608,00 €**	1.463,00 €
3.2.3		Erteilung jeder weiteren Erlaubnis nach § 7 I SprengG (ab 2.Ausfertigung)	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			40	42,90 €	2,00	85,80 €	OG	**85,00 €**	78,00 €
3.2.4		Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			40	42,90 €	2,00	85,80 €	OG	**85,00 €**	78,00 €
3.2.5		Einholung von Erkundigungen im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung nach §§ 8 IV, 8a V i.V.m. 8 b I 4, 14 SprengG.	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.2.6		Abnahme der Prüfung als Abschluss eines Grund- oder Sonderlehrganges nach § 9 I Nr. 1 SprengG i.V.m. § 36 SprengV	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			90	96,52 €	2,00	193,04 €	OG	**193,00 €**	175,00 €
3.2.7		Bewilligung der Fristverlängerung vor Erlöschen einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheins nach § 11 2 SprengG	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.2.8		Ausstellung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	120	128,69 €	1,00	128,69 €	UG	**128,00 €**	117,00 €
			180	193,04 €	2,00	386,08 €	OG	**386,00 €**	351,00 €
3.2.9		Wesentliche Änderung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.2.10		Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.2.11		Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 III SprengG.	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			90	96,52 €	2,00	193,04 €	OG	**193,00 €**	175,00 €
3.2.12		Zulassung von Ausnahmen von den Verboten nach § 22 V SprengG	30	32,17 €	1,00	32,17 €	UG	**32,00 €**	29,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.2.13		Erteilung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	120	128,69 €	1,00	128,69 €	UG	**128,00 €**	117,00 €
			240	257,39 €	1,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.2.14		Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	20	21,45 €	1,00	21,45 €	UG	**21,00 €**	19,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.2.15		Verlängerung der Geltungsdauer einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €
3.2.16		Zulassung einer Ausnahme nach § 27 V SprengG	60	64,35 €	1,00	64,35 €	UG	**64,00 €**	58,00 €
			120	128,69 €	2,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €

Sachgebiet Gewerbe- und Waffenwesen, Märkte

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
3.2.17		Ungültigkeitserklärung bei Verlust einer Erlaubnis, einer Ausfertigung oder eines Befähigungsscheines nach § 35 II SprengG	40	42,90 €	1,00	42,90 €	UG	**42,00 €**	39,00 €
			60	64,35 €	2,00	128,69 €	OG	**128,00 €**	117,00 €
3.2.18		Rücknahme oder Widerruf einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheines nach § 34 SprengG.	120	128,69 €	1,00	128,69 €	UG	**128,00 €**	117,00 €
			240	257,39 €	1,00	257,39 €	OG	**257,00 €**	234,00 €

Abteilung Standesamt

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze				
12.23.09	**12.23.09**	**Behördliche Namensänderungen**							seit 14.08.2018 bundeseinheitliches FamNamÄndGDV1 weggefallen, daher Aufnahme als neuer Gebührentatbestand	
		Öffentlich- rechtliche Namensänderung								
	5.7	Änderung eines Familiennamens		0,94 €		0,94 €	UG	**2,50 €**		Die Gebühr wurde analog zum Landesgebührengesetz übernommen
				0,94 €		0,94 €	OG	**1.022,00 €**		
	5.8	Änderung eines Vornamens		0,94 €		0,94 €	UG	**2,50 €**		
				0,94 €		0,94 €	OG	**255,00 €**		
12.20.02	**12.20.02**	**Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr**								
	3.2	Bestattungsrecht								
	3.2.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 u. 45 Bestattungsgesetz)	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	5,00 €	
			10	9,36 €	7,00	65,54 €	OG	**65,00 €**	134,00 €	gem. GR Protokoll vom 03.11.2014 wurde dieser Wertfaktor von 13 auf 7 gekürzt
	3.2.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	5	4,68 €	1,00	4,68 €	UG	**4,60 €**	5,00 €	
			10	9,36 €	7,00	65,54 €	OG	**65,00 €**	134,00 €	gem. GR Protokoll vom 03.11.2014 wurde dieser Wertfaktor von 13 auf 7 gekürzt

Festgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN							
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**						
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min	Kosten pro Einzelfall		Kosten pro Fall	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
12.23.07	**12.23.07**	**Andere Beurkundungen, öffentliche Beglaubigungen**						
	5.4	Öffentliche Leistungen im Kirchenaustrittsverfahren je Person					**50,00 €**	Rahmengebühr UG 10€ / OG 201€

Gemäß Muster des Gemeindetags wird zukünftig statt einer Rahmengebühr eine Festgebühr erhoben

Abteilung Verkehrswesen

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
~~**12.21**~~	~~**12.21**~~	~~**Sammlungen und Lotterie**~~								
~~3.1~~	-	~~Sammlungswesen; Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz~~	~~10~~	~~9,88 €~~	~~1,00~~	~~9,88 €~~	~~UG~~	~~**9,00 €**~~	~~9,00 €~~	Das Sammlungsgesetz wurde aufgehoben und der Tatbestand entsprechend gestrichen
			~~30~~	~~29,64 €~~	~~10,00~~	~~296,41 €~~	~~OG~~	~~**296,00 €**~~	~~293,00 €~~	

Amt für Stadtplanung und Umwelt (SU)

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze Obere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
55.40	**55.40**	**Maßnahmen des Naturschutzrechts**							
2.1		Anordnungen nach § 34 NatSchG	30	36,04 €	1,00	36,04 €	UG	**36,00 €**	33,00 €
			360	432,53 €	5,00	2.162,66 €	OG	**2.162,00 €**	1.997,00 €
2.2		Zulassung von Ausnahmen im Erholungsschutzstreifen nach § 55 Abs. 2 NatSchG	30	36,04 €	1,00	36,04 €	UG	**36,00 €**	33,00 €
			360	432,53 €	5,00	2.162,66 €	OG	**2.162,00 €**	1.997,00 €
2.3		Genehmigung von Sperren nach § 54 Abs. 1 NatSchG	30	36,04 €	1,00	36,04 €	UG	**36,00 €**	33,00 €
			360	432,53 €	5,00	2.162,66 €	OG	**2.162,00 €**	1.997,00 €
2.4		Beseitigung von ungenehmigten Sperren nach § 54 Abs. 3 NatSchG	30	36,04 €	1,00	36,04 €	UG	**36,00 €**	33,00 €
			360	432,53 €	5,00	2.162,66 €	OG	**2.162,00 €**	1.997,00 €
56.10.05	**56.10.05**	**Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen**							
2.5		Kleinfeuerungsanlagen gem 1. BImSchV; Ausnahme nach § 20 1. BImSchV	20	24,03 €	1,00	24,03 €	UG	**24,00 €**	22,00 €
			240	288,35 €	11,00	3.171,90 €	OG	**3.171,00 €**	2.929,00 €
		Umweltinformationen							
2.6		Übermittlung von Umweltinformationen nach dem Landesumweltverwaltungsgesetz (§§ 22; 24 und 33 Abs. 4 UmwVwG)							
2.6.1		Leistungen im Rahmen von §§ 33 Abs. 2 und 3 UmwVwG						**gebührenfrei**	
2.6.2		Informationsbegehren mit einem geringfügigen Bearbeitungsaufwand (0,5 bis 3 Stunden)					UG	**gebührenfrei**	
2.6.3		Erheblicher Bearbeitungsaufwand (3 bis 8 Stunden)					UG	**15,00 €**	
							OG	**250,00 €**	
2.6.4		Außergewöhnlich hoher Bearbeitungsaufwand (mehr als 8 Stunden)					UG	**251,00 €**	
							OG	**500,00 €**	
2.6.5		Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise z.B. Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw.					UG	**Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1**	
							OG		

Stadtbauamt (SBA)

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in min	min. Verw.-kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.-kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
1.9.2.1	1.9.2.1	Leistungsverzeichnisse je Doppelexemplar zuzüglich Postversand	46	51,08 €	1,00	51,08 €	UG	**15,00 €**	15,00 €
			112	124,38 €	1,00	124,38 €	OG	**60,00 €**	60,00 €

Festgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min	Kosten pro Einzelfall		Kosten pro Fall		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
1.9.2.2	1.9.2.2	Leistungsverzeichnisse auf Datenträgern, je Stück	8	8,88 €	1,00	8,88 €		**8,80 €**	8,00 €

Städtische Bauverwaltung (SBV)

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**							
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in min	min. Verw.-kosten	min. Wertfaktor	Untere Gebührengrenze		**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
			max. Zeitaufwand in min	max. Verw.-kosten	max. Wertfaktor	Obere Gebührengrenze			
54.80	**54.80**	**Sonstige Leistungen des Straßenbaulastträgers**							
	7.1	Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz	90	102,54 €	1,00	102,54 €	UG	**90,00 €**	**90,00 €**
			199	226,73 €	1,00	226,73 €	OG	**200,00 €**	**200,00 €**

Hinweis zu 1.9.2.1 Leistungsverzeichnisse:

Bei den 15,00 € bzw. 60,00 € handelt es sich um einen Vorschlag des SBA mit folgender Begründung:
"Die Erfahrung zeigt, dass von Bietern bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. Ausgabepreise je nach Umfang über 15,00 € und 60,00 € nicht akzeptiert werden. Um wettbewerbsmindernde Faktoren auszuschließen sind die real angesetzten Kosten von auf 1/3 bei Leistungsverzeichnissen mit geringem Umfang (15,00 €) und halbiert und aufgerundet bei Leistungsverzeichnissen mit großem Umfang (60,00 €) festzusetzten."

Bauordnungsamt (BOA)

Festgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN								
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**						Anmerkungen	
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min	Kosten pro Einzelfall	Wertfaktor	Gebühr	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	
~~5.11.2~~	-	~~Änderung der Bescheinigung~~	~~90~~	~~99,32 €~~	~~1,40~~	~~139,05 €~~	~~**139,00 €**~~	~~137,00 €~~	entfällt hier und ist nun bei 5.11.1
52.10.11	**52.10.11**	**Baulastenbuch (Führung, Auskünfte)**							
5.23		schriftliche Auskünfte	60	66,22 €	1,50	99,32 €	**99,00 €**		vorher Rahmengebühr
5.22		Baulasten, je Baulasteintragung	180	198,65 €	1,50	297,97 €	**297,00 €**	274,00 €	
52.10.12	**52.10.12**	**Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte, Ermittlung von Angrenzerdaten**							
5.25.1		Einsichtnahme/ Ausleihen von Statikakten	70	77,25 €	1,30	100,43 €	**100,00 €**	76,00 €	
5.25.2		Einsichtnahme/ Ausleihen von Bauakten	40	44,14 €	1,10	48,56 €	**48,00 €**	43,00 €	
52.10.12	**52.10.12**	**Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte**							
	6.3	Ermittlung von Angrenzerdaten einschl. Angrenzerbenachrichtigung	30	33,11 €	1,40	46,35 €	**46,00 €**		
	6.4	Angrenzerbenachrichtigung	17	18,21 €	1,40	25,49 €	**25,00 €**		vorher Zeitgebühr

Bauordnungsamt (BOA)

Wertgebühren

Kalkulation Mindestgebühr

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN															
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**														
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	durchschn. Zeitaufwand pro Fall in min BOA	Einzelfälle pro Jahr	Zeitaufwand pro Jahr in min BOA	Verwaltungskosten pro Jahr BOA	Mitwirkung PL Zeitaufwand pro Fall	Verwaltungskosten PL pro Fall	Verwaltungskosten PL pro Jahr	Verwaltungskosten pro Jahr	Wertgrundlage pro Jahr	kalkulierter Gebühren-satz in Prozent	min. Zeitaufwand in min	Mindestgebühr	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
52.10.01	**52.10.01**	**Bauvoranfrage**														
5.1		Bauvorbescheid	600	26	15600	17.216,15 €	60	72,14 €	1.875,55 €	19.091,70 €	18.349.000,00 €	0,10%	200	220,72 €	**3 ‰, mind. 220,00**	3 ‰, mind. 190,00
52.10.02	**52.10.02**	**Baugenehmigungs-verfahren**														
5.4.1 + 5.4.2		Baugenehmigung (§ 58 LBO) und Teilbaugenehmigung	1200	383	459600	507.214,33 €	60	72,14 €	27.628,23 €	534.842,55 €	137.409.069,00 €	0,39%	600	662,16 €	**6 ‰, mind. 300,00**	5 ‰, mind. 250,00
5.7		Verlängerungen	180	25	4500	4.966,20 €	20			4.966,20 €	12.000.000,00 €	0,04%	120	132,43 €	**1/4 der Genehmigungsgebühr, mind. 130,00**	1/4 der Genehmigungsgebühr, mind. 100,00
52.10.03	**52.10.03**	**Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO**														
	6.1	Vollständigkeitsbestätigung	240	14	3360	3.708,09 €	XXX			3.708,09 €	490.000,00 €	0,76%	180	198,65 €	**3 ‰, mind. 190,00**	3 ‰, mind. 250,00
		Unechter Bauvorbescheid														
5.13		Unechter Bauvorbescheid	200	0	0	- €	60	72,14 €	- €	- €		#DIV/0!	60	66,22 €	**1 ‰, mind. 60,00**	1 ‰, mind. 60,00
52.10.00	**52.10.00**	**Vereinfachtes Genehmigungsverfahren**														
5.14		Vereinfachtes Genehmigungsverfahren	800	76	60800	67.098,85 €	60	72,14 €	5.482,36 €	72.581,21 €	9.084.799,00 €	0,80%	600	662,16 €	**5 ‰, mind. 300,00**	4 ‰, mind. 250,00
52.30	**52.30**	**Denkmalschutzrechtliche Genehmigungsverfahren, Denkmalförderung**														
6.1		Erteilung einer Steuerbescheinigung	300	4	1200	1.324,32 €	XXX			1.324,32 €	162.003,00 €	0,82%	150	165,54 €	**2 ‰; mind. 150,00**	2 ‰; mind. 150,00
53.80.06.01	**53.80.06.01**	**Fachtechnische Prüfungen, Genehmigungen und Beratungen**														
7.1		Genehmigungen für Entwässerungsgesuche	180	38	6840	7.548,62 €	XXX			7.548,62 €	602.110,00 €	1,25%	100	110,36 €	**5 ‰, mind. 110,00**	5 ‰, mind. 100,00

Bauordnungsamt (BOA)

Rahmengebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN												
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**	**BOA**		**PL (Mitwirkung)**								Anmerkungen
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	min. Zeitaufwand in min max. Zeitaufwand in min	min. Verw.kosten max. Verw.kosten	Zeitaufwand in min	Verwaltungs-kosten	min. Verwaltungskosten gesamt max. Verwaltungskosten gesamt	min. Wertfaktor max. Wertfaktor	Untere Grenze (rechnerisch) Obere Grenze (rechnerisch)	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014		
52.10.01	**52.10.01**	**Bauvoranfrage**											
5.2		Ablehnung Bauvorbescheid	180	198,65 €			198,65 €	1,00	198,65 €	**198,00 €**	174,00 €		
			1000	1.103,60 €	XXX		1.103,60 €	1,00	1.103,60 €	**1.103,00 €**	1.088,00 €		
5.3		Zurücknahme eines Antrags	100	110,36 €			110,36 €	1,00	110,36 €	**70,00 €**	65,00 €		
			240	264,86 €	XXX		264,86 €	1,70	450,27 €	**450,00 €**	522,00 €		
52.10.02	**52.10.02**	**Baugenehmigungsverfahren**											
5.5		Zurücknahme eines Antrags	120	132,43 €			132,43 €	1,00	132,43 €	**99,00 €**	97,00 €		
			300	331,08 €	XXX		331,08 €	1,70	562,84 €	**562,00 €**	522,00 €		
5.6		Ablehnung eines Antrags	240	264,86 €			264,86 €	1,00	264,86 €	**264,00 €**	195,00 €		
			1200	1.324,32 €	XXX		1.324,32 €	1,00	1.324,32 €	**1.324,00 €**	1.306,00 €		
5.8		Werbeanlagen	180	198,65 €	55	66,12 €	264,77 €	1,00	264,77 €	**264,00 €**	157,00 €		
			1000	1.103,60 €			1.169,72 €	2,50	2.924,31 €	**2.924,00 €**	2.296,00 €		
52.10.03	**52.10.03**	**Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO**											
5.9		Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	200	220,72 €			220,72 €	0,50	110,36 €	**110,00 €**	108,00 €		
			300	331,08 €	XXX		331,08 €	1,00	331,08 €	**331,00 €**	326,00 €		
5.10		Ablehnung eines Antrags auf Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	120	132,43 €			132,43 €	1,00	132,43 €	**132,00 €**	130,00 €		
			180	198,65 €	XXX		198,65 €	1,00	198,65 €	**198,00 €**	195,00 €		
	6.2	Zurücknahme eines Antrags	60	66,22 €			66,22 €	1,00	66,22 €	**66,00 €**	65,00 €		
			240	264,86 €	XXX		264,86 €	1,50	397,30 €	**397,00 €**	391,00 €		
52.10.05/ 5.12		**Entscheidungen im verfahrensfreien Raum (Planungsrecht und LBO)**	120	132,43 €	60	72,14 €	204,57 €	1,10	225,03 €	**225,00 €**	173,00 €		
			2400	2.648,64 €			2.720,78 €	2,50	6.801,94 €	**6.801,00 €**	6.679,00 €		
52.10.09	**52.10.09**	**Bauordnungsbehördliche Maßnahmen**											
5.21		Sonstige Verfügungen	120	132,43 €			132,43 €	1,00	132,43 €	**132,00 €**	97,00 €		
			840	927,02 €	XXX		927,02 €	1,00	927,02 €	**927,00 €**	1.371,00 €		
52.10.11	**52.10.11**	**Baulastenbuch (Führung, Auskünfte)**											
~~5.23~~	-	~~Schriftliche Auskünfte~~		~~———— €~~			~~———— €~~		~~———— €~~	~~———— €~~	~~130,00 €~~		
				~~———— €~~	~~XXX~~		~~———— €~~		~~———— €~~	~~———— €~~	~~653,00 €~~		entfällt hier, nun bei Festgebühr
52.10.04	**52.10.04**	**Abgeschlossenheits-bescheinigung nach WEG**											
5.11.1		Erteilung/Änderung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung	120	132,43 €			132,43 €	1,50	198,65 €	**198,00 €**	195,00 €		
			1000	1.103,60 €	XXX		1.103,60 €	5,00	5.518,00 €	**5.517,00 €**	4.353,00 €		
5.26		Befreiungen im Bereich EWärmeG/ EnEV	120	132,43 €			132,43 €	1,10	145,68 €	**145,00 €**			
			800	882,88 €	XXX		882,88 €	2,50	2.207,20 €	**2.207,00 €**			

Bauordnungsamt (BOA)

Zeitgebühren

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN						
Nr.	Nr.	Leistung	Kosten pro Minute	Kosten pro 1/4 h	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014	Anmerkungen
52.10.07	**52.10.07**	**Baukontrolle, Bauabnahme**					
5.15		Kontrolle	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
5.16		Abnahme	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
52.10.08	**52.10.08**	**Wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten**					
5.17		Brandverhütungsschau	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
5.18		Messe	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
5.19		Fliegende Bauten	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
5.20		Sondergenehmigungen	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
52.10.12	**52.10.12**	**Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte**					
5.24		Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte	1,10 €	16,55 €	**16,50 €**	16,00 €	
-	~~6.3~~	~~Ermittlung von Angrenzerdaten~~	~~1,10 €~~	~~16,55 €~~	~~**16,50 €**~~	~~16,00 €~~	entfällt hier, neu bei Festgebühr

Amt für Vermessung und Liegenschaften (AVL)
Abteilung Liegenschaftswesen

Wertgebühren für Negativzeugnisse nach §§ 24 BauGB ff

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN										
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**									
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in min AVL	Verwaltungs-kosten pro Fall AVL	Zeitaufwand pro Fall in min PL	Verwaltungs-kosten pro Fall PL	Anzahl Einzelfälle pro Jahr	Gesamtkosten pro Fall	Wertfaktor	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
11.33.01	**11.33.01**	**Abwicklung von Grundstücksgeschäften**									
	2.1	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB bei Grundstücksgeschäften									
	2.1.1	bis 5.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	5	36,66 €	0,27	10,00 €	10,00 €
	2.1.2	bis 50.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	36,66 €	0,55	20,00 €	20,00 €
	2.1.3	bis 150.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	5	36,66 €	0,68	25,00 €	25,00 €
	2.1.4	bis 500.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	40	36,66 €	0,95	35,00 €	35,00 €
	2.1.5	über 500.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	140	36,66 €	1,77	65,00 €	65,00 €

Festgebühr für Negativzeugnisse nach WG (Wassergesetz): Neufassung seit dem 01.01.2014

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN									
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**								
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	ca. Zeitaufwand pro Kaufvertrag in Min. SBA	durchschnittl. Minutensatz SBA in €	ca. Zeitaufwand pro Kaufvertrag in Min. AVL	durchschnittl. Minutensatz AVL in €	Kosten pro Kaufvertrag			**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
	2.2	**Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 29 WG bei Grundstücksgeschäften**	10	1,11	20	0,93	29,73 €			27,00 €	27,00 €

Wertgebühren für Negativzeugnisse nach BauGB und WG (Wassergesetz)

Verwaltungsgemeinschaft	Stadt FN										
Produkt-Nr.	**Produkt-Nr.**	**Produkt**									
Lfd. Nr. im Geb.verz.	Lfd. Nr. im Geb.verz.	Leistung	Zeitaufwand pro Fall in Min AVL	Verwaltungs-kosten pro Fall AVL	Zeitaufwand pro Fall in Min PL	Verwaltungs-kosten pro Fall PL	Zeitaufwand pro Fall in Min. SBA	Verwaltungskosten pro Fall SBA	Gesamtkosten pro Fall	Wertfaktor	**Gebühr 2021**	Gebühr 2014
11.33.01	**11.33.01**	**Abwicklung von Grundstücksgeschäften**										
	2.3	Ausstellung von Negativzeugnissen gem. § 28 Abs. 1 BauGB + § 29 WG										
	2.3.1	bis 5.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	11,11 €	47,76 €	0,45	**20,00 €**	20,00 €
	2.3.2	bis 50.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	11,11 €	47,76 €	1,00	**45,00 €**	45,00 €
	2.3.3	bis 150.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	11,11 €	47,76 €	1,22	**55,00 €**	55,00 €
	2.3.4	bis 500.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	11,11 €	47,76 €	1,44	**65,00 €**	65,00 €
	2.3.5	über 500.000 EUR	20	18,62 €	15	18,03 €	10	11,11 €	47,76 €	1,88	**85,00 €**	85,00 €

Stadt Friedrichshafen

für die vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Stadt Friedrichshafen – Gemeinde Immenstaad

S A T Z U N G

ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG) FÜR UNTERE VERWALTUNGSBEHÖRDEN BZW. BAURECHTSBEHÖRDEN VOM *Datum des gemeinsamen Ausschusses*

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sowie § 4 Abs. 3 Landesgebührengesetz (LGebG), jeweils gültig in ihrer aktuellen Fassung, hat der gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Stadt Friedrichshafen – Gemeinde Immenstaad am *Datum des gemeinsamen Ausschusses* folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Die Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinden.

§ 2 Gebührenfreiheit

(1) Für die sachliche Gebührenfreiheit gelten die Bestimmungen des § 9 Landesgebührengesetz entsprechend. Für die persönliche Gebührenfreiheit gelten die Bestimmungen des § 10 Abs. 1 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 2, 5 und 6 des Landesgebührengesetzes entsprechend, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(2) Soweit die Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad Aufgaben einer unteren Verwaltungsbehörde oder einer unteren Baurechtsbehörde wahrnimmt, gilt für die persönliche Gebührenfreiheit außerdem § 10 Abs. 3 bis 6 des Landesgebührengesetzes entsprechend.

(3) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für Verfahren, die von der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

(4) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3 Gebührenschuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet

a) dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,

b) der die Gebühren- und Auslagenschuld der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder

c) der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,- EUR bis 10.000,- EUR zu erheben.

(2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner.

(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

(4) Wird der Antrag auf Vornahme einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, eine Verwaltungsgebühr von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 3,- EUR, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr wird in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung schon begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird, soweit nichts anderes bestimmt ist, je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,- EUR. Eine Gebühr wird in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

§ 5 Entstehung der Gebühr

(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

(2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

(1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.

(2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.

(3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.

(2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere

a) Gebühren für die Telekommunikation,

b) Reisekosten,

c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,

d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,

e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,

f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.

(3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8 Schlussvorschriften

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührensatzung vom 12.01.2016 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

GEBÜHRENVERZEICHNIS VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom *Datum gemeinsamer Ausschuss*

Vorbemerkung:

Sollten einzelne Gebührentatbestände der Umsatzsteuer unterliegen, gelten die genannten Beträge als Nettobeträge und die Steuer wird nach dem jeweils geltenden Steuersatz zusätzlich gefordert.

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr
1	**ALLGEMEINE GEBÜHRENTATBESTÄNDE**	
1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 dieser Satzung)	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR
1.2	Ablehnung eines Antrags (§ 4 Abs. 4 dieser Satzung)	
1.2.1	Ablehnung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung aus sachlichen Gründen abgelehnt, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, mindestens jedoch 3,00 EUR.	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.2.2	Ablehnung wegen Unzuständigkeit	gebührenfrei
1.3	Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung vom Antragsteller zurückgenommen, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, maximal die Hälfte der vollen Gebühr, mindestens jedoch 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.4	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dgl., die von der Stadt Friedrichshafen nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt Friedrichshafen nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.	5,60 EUR bis 234,00 EUR
1.5	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)	
1.5.1	wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	5,60 EUR bis 562,00 EUR
1.5.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR
1.6	Auskünfte	
1.6.1	insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche, soweit nichts anderes bestimmt ist.	2,80 EUR bis 112,00 EUR
1.6.2	mündliche Auskünfte	gebührenfrei
1.7	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dgl. Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	11,20 EUR bis 1.124,00 EUR
1.8	Gutachten (Augenscheine), soweit nichts anderes bestimmt ist nach dem Wert des Gegenstandes	1 bis 5 % des Gegenstandswertes, jedoch mind. 14,00 EUR je vollendete ¼ h der Inanspruchnahme
1.9	Vervielfältigungen	
1.9.1	Fotokopien, bei Anfertigung durch städt. Personal	
1.9.1.1	Format bis DIN A4 je Seite	1,10 EUR

1.9.1.2	Format größer DIN A4 je Seite	1,10 EUR
1.9.2	Leistungsverzeichnisse	
1.9.2.1	Leistungsverzeichnisse, je Doppelexemplar zuzüglich Postversand	15,00 EUR bis 60,00 EUR
1.9.2.2	Leistungsverzeichnisse auf Datenträgern, je St.	8,80 EUR

2	**UMWELTSCHUTZ (56)**	
	NATURSCHUTZ (55.40)	
	Maßnahmen des Naturschutzrechts Baden-Württemberg (55.40)	
2.1	Anordnungen nach § 34 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR
2.2	Zulassung von Ausnahmen im Erholungsschutzstreifen nach § 55 Abs. 2 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR
2.3	Genehmigung von Sperren nach § 54 Abs. 1 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR
2.4	Beseitigung von ungenehmigten Sperren nach § 54 Abs. 2 und 3 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR
	IMMISSIONSSCHUTZ (56.10)	
	Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen (56.10.05)	
2.5	Kleinfeuerungsanlagen gem. 1. BImSchV; Ausnahme nach § 22 1. BImSchV	24,00 EUR bis 3.171,00 EUR
	UMWELTINFORMATIONEN	
2.6	Übermittlung von Umweltinformationen nach dem Landesumweltverwaltungsgesetz (§§ 22; 24 und 33 Abs. 4 UmwVwG)	
2.6.1	Leistungen im Rahmen von §§ 33 Abs. 2 und 3 UmwVwG	gebührenfrei
2.6.2	Informationsbegehren mit einem geringfügigen Bearbeitungsaufwand (0,5 bis 3 Stunden)	gebührenfrei
2.6.3	Erheblicher Bearbeitungsaufwand (3 bis 8 Stunden)	15,00 EUR – 250,00 EUR
2.6.4	Außergewöhnlich hoher Bearbeitungsaufwand (mehr als 8 Stunden)	251,00 EUR – 500,00 EUR
2.6.5	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise z.B. Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw.	Höhe der Gebühren unter den Nummerns 1.9.1

3	**ORDNUNGSWESEN**	
	ALLGEMEINE SICHERHEIT UND ORDNUNG	
	Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagd- und Fischereiwesen (12.20.03)	
3.1	Waffenscheine und -angelegenheiten	
3.1.1	Ausstellung v. WBK (§§ 10,14,16,20 WaffG), Eintragung v. Erwerbsberechtigungen , Austragung/Änderungen in WBK,	12,80 EUR bis 214,00 EUR

	Ausstellung gemeinsamer WBK u. Ersatzausfertigung wegen Verlust	
3.1.2	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachverständige (§ 18 WaffG)	12,80 EUR bis 643,00 EUR
3.1.3	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachsammler bzw. Umschreibung der Waffenbesitzkarte nach Änderung eines Sammelthemas bei Waffensammler (§ 17 WaffG)	32,00 EUR bis 643,00 EUR
3.1.4	Ausstellung eines Munitionserwerbsscheins bzw. Eintragung Munitionsberechtigungen in WBK (§ 10 Abs. 3 Satz 2 WaffG)	6,40 EUR bis 214,00 EUR
3.1.5	Ausstellung eines Waffenscheins sowie Verlängerung der Geltungsdauer (§10 Abs. 4 WaffG)	37,00 EUR bis 482,00 EUR
3.1.6	Ausstellung eines kleinen Waffenscheins (§10 Abs. 4 Satz 4 WaffG)	37,00 EUR bis 214,00 EUR
3.1.7	Erlaubnisse zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen/Munition in, durch oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes im Rahmen der EU (§§ 29, 30, 31 WaffG)	12,80 EUR bis 64,00 EUR
3.1.8	Einwilligung zur Mitnahme v. erlaubnispflichtigen Schusswaffen und dafür bestimmte Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes (§32 Abs. 1 bis 5 WaffG)	12,80 EUR bis 321,00 EUR
3.1.9	Ausstellung/Verlängerung der Geltungsdauer eines europäischen Waffenpasses, Änderung/sonstige Eintragungen im europäischen Feuerwaffenpass (§32 Abs. 6 WaffG)	12,80 EUR bis 64,00 EUR
3.1.10	Erstellung einer Ausnahmegenehmigung (§16 Abs. 2 WaffG), Erlaubnis zum Schießen (§16 Abs. 3 WaffG)	32,00 EUR bis 428,00 EUR
3.1.11	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§ 10 Abs. 5 u. §16 Abs. 3 WaffG)	42,00 EUR bis 514,00 EUR
3.1.12	Erlaubnis zum Waffenhandel u. zur gewerbsmäßigen Waffenherstellung (§ 21 WaffG)	64,00 EUR bis 1.608,00 EUR
3.1.13	Erlaubnis zum Betrieb od. zur wesentlichen Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1 WaffG) u. Regelüberprüfung der Schießstätten	64,00 EUR bis 643,00 EUR
3.1.14	Überprüfung und Nachkontrolle der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition (§ 36 Abs. 3 WaffG)	26,00 EUR bis 128,00 EUR
3.1.15	für die übrigen nicht genannten waffenrechtlichen Erlaubnisse, Bescheinigungen, Widerrufe/ Rücknahmen, Waffenbesitzverbote, Ablehnung von Anträgen od. sonstige Amtshandlungen, die im Interesse oder auf Veranlassung des Gebührenschuldners vorgenommen werden	10,70 EUR bis 1.608,00 EUR
3.2	**Sprengstoffangelegenheiten (12.20.03)**	
3.2.1	Festlegung besonderer Anforderungen an die Verwendung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und Sprengstoffzubehör nach § 5 VI SprengG	32,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.2	Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	64,00 EUR bis 1.608,00 EUR
3.2.3	Erteilung jeder weiteren Erlaubnis nach § 7 I SprengG (ab 2. Ausfertigung)	21,00 EUR bis 85,00 EUR
3.2.4	Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	21,00 EUR bis 85,00 EUR
3.2.5	Einholung von Erkundigungen im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung nach §§ 8 IV, 8a V i.V.m. 8 b I 4, 14 SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR

3.2.6	Abnahme der Prüfung als Abschluss eines Grund- oder Sonderlehrganges nach § 9 I Nr. 1 SprengG i.V.m. § 36 SprengV	32,00 EUR bis 193,00 EUR
3.2.7	Bewilligung der Fristverlängerung vor Erlöschen einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheins nach § 11 S. 2 SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR
3.2.8	Ausstellung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	128,00 EUR bis 386,00 EUR
3.2.9	Wesentliche Änderung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.10	Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.11	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 III SprengG	64,00 EUR bis 193,00 EUR
3.2.12	Zulassung von Ausnahmen von den Verboten nach § 22 V SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR
3.2.13	Erteilung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	128,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.14	Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.15	Verlängerung der Geltungsdauer einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.16	Zulassung einer Ausnahme nach § 27 V SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR
3.2.17	Ungültigkeitserklärung bei Verlust einer Erlaubnis, einer Ausfertigung oder eines Befähigungsscheines nach § 35 II SprengG	42,00 EUR bis 128,00 EUR
3.2.18	Rücknahme oder Widerruf einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheines nach § 34 SprengG	128,00 EUR bis 257,00 EUR
	GEWERBEANGELEGENHEITEN	
	Bearbeiten von Gestattungen, Sperrzeitverkürzungen und sonstige gaststättenrechtliche Erlaubnisse (12.20.06)	
3.3	Persönliche Erlaubnis (§ 2 GastG)	32,00 EUR bis 3.860,00 EUR
3.4	Befristete Erlaubnis (§ 3 Abs. 2 GastG) mit einer Dauer bis zu einem Jahr	32,00 EUR bis 1.930,00 EUR
3.5	Zulassung von Ausnahmen von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 2 GastG)	10,70 EUR bis 128,00 EUR
3.6	Stellvertretungserlaubnis (§ 9 GastG)	21,00 EUR bis 643,00 EUR
3.7	Vorläufige Erlaubnis (§ 11 GastG)	21,00 EUR bis 772,00 EUR
3.8	Vorläufige Stellvertretungserlaubnis (§ 11 GastG)	21,00 EUR bis 772,00 EUR
3.9	Gestattungen ab dem fünften Tag (§ 12 GastVO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.10	Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 Satz 2 GastVO)	21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.11	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO) Regelmäßige Sperrzeitverkürzung, je Monat	21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.12	Erlaubnis für die Beschäftigung von Personen (§ 13 Abs. 2 GastVO)	21,00 EUR bis 257,00 EUR
3.13	Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG; § 12 Satz 2 GastVO)	32,00 EUR bis 772,00 EUR
3.14	Verlängerung von Fristen (§ 8 Satz 2, § 9 Satz 2, § 24 Abs. 1	21,00 EUR bis 257,00 EUR

	Satz 3 GastG)	
3.15	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz	42,00 EUR bis 386,00 EUR
3.16	Sonstige Befreiungen nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz (§ 12 Feiertagsgesetz)	10,70 EUR bis 643,00 EUR
	Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse (12.20.07)	
3.17	Erlaubnis zum Betrieb einer privaten Krankenanstalt (§ 30 GewO)	32,00 EUR bis 1.608,00 EUR
3.18	Erlaubnis zu Veranstaltungen nach § 33a GewO	32,00 EUR bis 1.608,00 EUR
3.19	Untersagung eines Betriebs ohne Zulassung (§ 15 Abs. 2 GewO)	32,00 EUR bis 386,00 EUR
3.20	Gestattung zur Fortführung eines Gewerbes nach dem Tode des Gewerbetreibenden (§ 46 Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR
3.21	Fristverlängerung beim Erlöschen von Erlaubnissen (§ 49 Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 128,00 EUR
3.22	Gewerbeuntersagungen nach § 35 GewO	32,00 EUR bis 643,00 EUR
3.23	Handwerksuntersagung nach § 16 Abs. 3 Handwerksordnung	32,00 EUR bis 643,00 EUR
3.24	Spiele	
3.24.1	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33c Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.24.2	Bestätigung (§ 33c Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 160,00 EUR
3.24.3	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33d Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.24.4	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 33i GewO) je Spielgerät	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.25	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.26	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes in Kaufhäusern (§ 34a Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.27	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34a Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.28	Überprüfung von Bewachungspersonal auf ihre Zuverlässigkeit (§ 9 Abs. 1 BewachV)	10,70 EUR bis 128,00 EUR
3.29	Versteigerer	
3.29.1	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34b Abs. 1 und 2 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.29.2	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34b Abs. 5 GewO)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.30	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	21,00 EUR bis 643,00 EUR
3.31	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	32,00 EUR bis 1.930,00 EUR
3.32	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.33	Reisegewerbe	
3.33.1	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§§ 55, 55d GewO sowie § 1 AuslReiseGewV)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.33.2	Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte	

	(§ 60c Abs. 2 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR
3.33.3	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55b Abs. 2 GewO)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.33.4	Reisegewerbefreie Tätigkeiten (§ 55a Abs. 2 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR
3.34	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme der Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung	42,00 EUR bis 386,00 EUR
3.35	Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO)	42,00 EUR bis 257,00 EUR
3.36	Erteilung von Blindenwarenvertriebsausweisen	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR
3.37	Messen, Ausstellungen, Märkte, Volksfeste	
3.37.1	Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.37.2	Festsetzung von Wochenmärkten	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.37.3	Festsetzung von Spezial- und Jahrmärkten sowie Volksfesten	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR
3.37.4	Ablehnung, Änderung, Aufhebung, Rücknahme oder Widerruf der Festsetzung von Veranstaltungen nach Nr. 3.38	42,00 EUR bis 386,00 EUR
	Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen (12.20.08)	
	Jugendschutz	
3.38	Ausnahmen, Anordnungen und Maßnahmen nach den §§ 4, 5, 7 und 8 Jugendschutzgesetz	32,00 EUR bis 2.573,00 EUR
3.39	Prostitutionsschutz	
3.39.1	Bearbeitung des Antrags auf Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2, §§ 15 bis 19 und 24 ProstSchG)	500,00 EUR bis 2.500,00 EUR
3.39.2	Zuverlässigkeitsprüfung der Betriebsleitung im Rahmen des Erlaubnisverfahrens und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Nummer 1 und 2 und § 15 Absatz 3 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.3	Verlängerung der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes bei Befristung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2 und den §§ 15 bis 19 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.4	Bearbeitung des Antrags auf Betrieb des Prostitutionsgewerbes durch Stellvertretung und Wiederholungsprüfung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit den §§ 14 und 15 Absatz 3 Prost-SchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.5	Bearbeitung des Antrags auf Verlängerung des Betriebs des Prostitutionsgewerbes bei Befristung durch Stellvertretung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 14 Absatz 3 und § 15 Prost-SchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.6	Zuverlässigkeitsprüfung einschließlich eventuelles Beschäftigungsverbot für sonstige Beschäftigte je Person (§ 15 Absatz 3 in Verbindung mit § 25 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.7	Erteilung nachträglicher Auflagen beziehungsweise selbstständiger Anordnungen für Betreiberinnen und Betreiber (§ 17 ProstSchG)	100,00 EUR bis 1.000,00 EUR

3.39.8	Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 Prost-SchG)	150,00 EUR bis 500,00 EUR
3.39.9	Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen in bisher nicht konzessionierten Prostitutionsstätten, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 ProstSchG)	150,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.10	Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsveranstaltungen (§ 20 Absatz 3 Satz 2 ProstSchG)	150,00 EUR
3.39.11	Entgegennahme der Anzeige zur Aufstellung eines Prostitutionsfahrzeuges, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 21 Ab-satz 1 bis 3 ProstSchG)	150,00 EUR bis 500,00 EUR
3.39.12	Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsfahrzeugen (§ 21 Ab-satz 3 ProstSchG)	150,00 EUR
3.39.13	Verlängerung der Frist vor Erlöschen der Erlaubnis (§ 22 Satz 2 ProstSchG)	50,00 EUR
3.39.14	Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes (§ 23 ProstSchG)	500,00 EUR bis 1.500,00 EUR
3.39.15	Beschäftigungsverbote (außerhalb von Erlaubnisverfahren, § 25 Absatz 3 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR
3.39.16	Einmalige Betriebskontrolle sowie einmalige Nachkontrolle zur Überwachung der Einhaltung der Erlaubnis sowie der Betreiberpflichten in der Zeit zwischen Erlaubniserteilung und erneuter Zuverlässigkeitsprüfung (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14, 24 bis 28 ProstSchG)	20,00 EUR
3.39.17	Kontrolle durch zwei Mitarbeitende im Zeitumfang bis zu 60 Minuten einschließlich Fahrzeiten (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14 und 24 bis 28 ProstSchG)	120,00 EUR bis 160,00 EUR

4	**GRUNDSTÜCKSWERTERMITTLUNG**	
	GESETZLICHE UND KOMMUNALE WERTERMITTLUNG (11.33.01)	siehe Satzung der Stadt Friedrichshafen über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Gutachterausschusses Östlicher Bodenseekreis vom 22.02.2021 (Gutachterausschussgebührensatzung)
	Führung und Bereitstellung der Kaufpreissammlung, Markt- und Preisanalysen (Gutachterausschuss) (51.11.10)	

5	**BAUORDNUNGSRECHT (52.10)** Soweit Gebühren nach den Baukosten zu berechnen sind, ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 1, Kostengruppe 300 und 400 (in der jeweils gültigen Fassung) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen. Die Baukosten sind auf volle 100,00 € aufzurunden. Zu den Bau- und Herstellungskosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.	
	ANTRAGS- UND KENNTNISGABEVERFAHREN	
	Bauvoranfrage (52.10.01)	

5.1	Bauvorbescheid	3 ‰ der Baukosten, mind. 220,00 EUR
5.2	Ablehnung Bauvorbescheid	198,00 EUR bis 1.103,00 EUR
5.3	Zurücknahme eines Antrags	70,00 EUR bis 450,00 EUR
5.4	**Baugenehmigungsverfahren (52.10.02)**	
5.4.1	Baugenehmigung (§ 58 LBO)	6 ‰ der Baukosten, mind. 300,00 EUR
5.4.2	Teilbaugenehmigung	6 ‰ der Teilbaukosten, mind. 300,00 EUR
5.5	Zurücknahme eines Antrags	99,00 EUR bis 562,00 EUR
5.6	Ablehnung eines Antrags	264,00 EUR bis 1.324,00 EUR
5.7	Verlängerungen	¼ der Genehmigungsgebühr, mind. 130,00 EUR
5.8	Werbeanlagen	264,00 EUR bis 2.924,00 EUR
	Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO (52.10.03)	
5.9	Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	110,00 EUR bis 331,00 EUR
5.10	Ablehnung eines Antrags auf Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	132,00 EUR bis 198,00 EUR
	Abgeschlossenheitsbescheinigung nach WEG (52.10.04)	
5.11.1	Erteilung/Änderung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 WEG)	198,00 EUR bis 5.517,00 EUR
5.12	**Entscheidungen im verfahrensfreien Raum (52.10.05) (Planungsrecht und LBO)**	225,00 EUR bis 6.801,00 EUR
5.13	Unechter Bauvorbescheid	1 ‰ der Baukosten, mind. 60,00 EUR
5.14	Vereinfachtes Genehmigungsverfahren (52.10.00)	5 ‰ der Baukosten, mind. 300,00 EUR
	BAUÜBERWACHUNG	
	Baukontrolle, Bauabnahme (52.10.07)	
5.15	Kontrolle, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
5.16	Abnahme, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
	Wird ergänzend zu Nr. 5.15 oder 5.16 ein Brandschutzsachverständiger und/ oder die Feuerwehr hinzugezogen, fällt zusätzlich eine Gebühr nach 5.17 und/oder nach der Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Feuerwehr der Stadt Friedrichshafen in der jeweils gültigen Fassung an.	
	Wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten (52.10.08)	
5.17	Brandverhütungsschau, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
5.18	Messe, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
5.19	Fliegende Bauten, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
5.20	Sondergenehmigungen, je vollendete ¼ h	16,50 EUR
	Bauordnungsbehördliche Maßnahmen (52.10.09)	
5.21	Sonstige Verfügungen	132,00 EUR bis 927,00 EUR
	BERATUNG UND INFORMATION	

	Baulastenbuch (Führung, Auskünfte) (52.10.11)	
5.22	Baulasten, je Baulast	297,00 EUR
5.23	Schriftliche Auskünfte, je Auskunft	99,00 EUR
5.24	**Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte, (52.10.12**), je vollendete ¼ h	16,50 EUR
5.25	Einsichtnahme/ Ausleihen von Akten	
5.25.1	Statikakten	100,00 EUR
5.25.2	Bauakten	48,00 EUR
5.26	Befreiungen im Bereich EWärmeG/ EnEV	145,00 EUR bis 2.207,00 EUR
5.27	**Gebührenermäßigungen im Bereich Bauordnungsrecht**	
	a) Die Gebühren nach den Nrn. 5.1 und 5.4.1 und 5.4.2 sowie 5.8 ermäßigen sich bei einer Überschreitung der Frist nach § 54 Abs. 5 LBO bis zu einem Monat um 15 v. H., bei einer Überschreitung von mehr als einem Monat um 30 v. H. b) Die Gebühren nach Nr. 5.4.1 und 5.4.2 ermäßigen sich um 50 v. H. für die Gebäudeteile, die Wohnungen oder Wohnräume enthalten, die mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert sind, insbesondere Wohnungen, die im Rahmen der Wohnungsbauprogramme des Landes gefördert werden. Die Ermäßigung wird auch dem Erwerber gewährt, wenn er die Vorraussetzungen erfüllt und die Gebührenschuld übernommen hat. Die in § 6 Abs. 2 Buchst. a bis h des Zweiten Wohnungsbaugesetzes genannten Mittel gelten nicht als Mittel aus öffentlichen Haushalten. c) Bei der gleichzeitigen Behandlung mehrerer Anlagen und Einrichtungen nach dem gleichen Typ auf einem zusammenhängenden Baugelände in einem oder mehreren baurechtlichen Verfahren ermäßigt sich die Gebühr nach den Nrn. 5.4.1 und 5.4.2 und 5.8 für jede Anlage und Einrichtung um 30 v. H. d) Bei Wiederholung einer infolge Zeitablaufs unwirksam gewordenen Entscheidung ermäßigen sich die Gebühren nach den Nrn. 5.4.1 und 5.4.2 und 5.1 auf die Hälfte Ermäßigungen nach Buchstaben a bis c werden nebeneinander gewährt in der Weise, dass bei der Ermäßigung jeweils von dem Betrag der ermäßigten Gebühr ausgegangen wird.	

6	**DENKMALSCHUTZ (52.30)**	
	DENKMALSCHUTZ	
	Denkmalschutzrechtliche Genehmigungsverfahren, Denkmalförderung	
6.1	Erteilung einer Steuerbescheinigung nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG	2 ‰ der bescheinigten Aufwendungen zur Erhaltung des Kulturdenkmals, mind. 150,00 EUR

7	**ENTWÄSSERUNG (66.2)**	
	DIENSTLEISTUNGEN DER STADTENTWÄSSERUNG	
	Fachtechnische Prüfungen, Genehmigungen, Stellungnahmen und Beratungen (53.80.06.02)	
7.1	Genehmigungen für Entwässerungsgesuche	5 ‰ der Entwässerungskosten, mind. 110,00 EUR

8	LANDESINFORMATIONSFREIHEITSGESETZ (LIFG)	
	Auskünfte und Einsichtnahmen	
8.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei
8.2	Informationen über die Kosten nach § 10 Abs. 2 LIFG	gebührenfrei
8.3	Informationsrecht zu amtlichen Informationen in einfachen Fällen (§10 Abs. 3 LIFG)	gebührenfrei
8.4	Mehr als einfacher Aufwand ohne Vorabinformation des Antragstellers (§10 Abs. 2 LIFG)	15,00 EUR bis 200,00 EUR
8.5	Umfangreicher Aufwand mit Vorabinformation des Antragstellers	201,00 EUR bis 500,00 EUR
8.6	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise	Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1

Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung, gelten nach § 4 Abs.4 GemO als unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Friedrichshafen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen.
Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Friedrichshafen, den *Datum gemeinsamer Ausschuss*
Ausgefertigt!

Dr. Köhler
Vorsitzender, Erster Bürgermeister

SYNOPSE
zur vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung vom *Datum gemeinsamer Ausschuss*

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr neu	Gebühr alt
1	**ALLGEMEINE GEBÜHRENTATBESTÄNDE**		
1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 dieser Satzung)	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR	3,00 EUR bis 10.000,00 EUR
1.2	Ablehnung eines Antrags (§ 4 Abs. 4 dieser Satzung)		
1.2.1	Ablehnung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung aus sachlichen Gründen abgelehnt, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, mindestens jedoch 3,00 EUR.	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.2.2	Ablehnung wegen Unzuständigkeit	gebührenfrei	gebührenfrei
1.3	Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung, soweit nichts anderes bestimmt ist Wird der Antrag auf Vornahme einer Leistung vom Antragsteller zurückgenommen, so bemisst sich die Gebühr nach dem Zeitaufwand, der bis zur Beendigung der sachlichen Bearbeitung des Antrags angefallen ist, maximal die Hälfte der vollen Gebühr, mindestens jedoch 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. 3,00 EUR
1.4	Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dgl., die von der Stadt Friedrichshafen nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Stadt Friedrichshafen nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist.	5,60 EUR bis 234,00 EUR	5,00 EUR bis 220,00 EUR
1.5	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)		
1.5.1	wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	5,60 EUR bis 562,00 EUR	5,00 EUR bis 528,00 EUR
1.5.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR	1/10 bis ½ der Gebühr nach Ziffer 1.5.1, mind. 3,00 EUR
1.6	Auskünfte		

1.6.1	insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche, soweit nichts anderes bestimmt ist.	2,80 EUR bis 112,00 EUR	2,00 EUR bis 105,00 EUR
1.6.2	mündliche Auskünfte	gebührenfrei	gebührenfrei
1.7	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dgl. Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	11,20 EUR bis 1.124,00 EUR	10,00 EUR bis 1.056,00 EUR
1.8	Gutachten (Augenscheine), soweit nichts anderes bestimmt ist nach dem Wert des Gegenstandes	1 bis 5 % des Gegenstandswertes, jedoch mind. 14,00 EUR je vollendete ¼ h der Inanspruchnahme	1 bis 5 %, mind. jedoch je angefangene ¼ h der Inanspruchnahme 13,00 EUR
1.9	Vervielfältigungen		
1.9.1	Fotokopien, bei Anfertigung durch städt. Personal		
1.9.1.1	Format bis DIN A4 je Seite	1,10 EUR	1,00 EUR
1.9.1.2	Format größer DIN A4 je Seite	1,10 EUR	1,00 EUR
1.9.2	Leistungsverzeichnisse		
1.9.2.1	Leistungsverzeichnisse, je Doppelexemplar zuzüglich Postversand	15,00 EUR bis 60,00 EUR	15,00 EUR bis 60,00 EUR
1.9.2.2	Leistungsverzeichnisse auf Datenträgern, je St.	8,80 EUR	8,00 EUR

2	**UMWELTSCHUTZ (56)**		
	NATURSCHUTZ (55.40)		
	Maßnahmen des Naturschutzrechts Baden-Württemberg (55.40)		
2.1	Anordnungen nach § 34 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR	32,00 EUR bis 1.953,00 EUR
2.2	Zulassung von Ausnahmen im Erholungsschutzstreifen nach § 55 Abs. 2 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR	32,00 EUR bis 1.953,00 EUR
2.3	Genehmigung von Sperren nach § 54 Abs. 1 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR	32,00 EUR bis 1.953,00 EUR
2.4	Beseitigung von ungenehmigten Sperren nach § 54 Abs. 2 und 3 NatSchG	36,00 EUR bis 2.162,00 EUR	32,00 EUR bis 1.953,00 EUR
	IMMISSIONSSCHUTZ (56.10)		

	Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen (56.10.05)		
2.5	Kleinfeuerungsanlagen gem. 1. BImSchV; Ausnahme nach § 22 1. BImSchV	24,00 EUR bis 3.171,00 EUR	21,00 EUR bis 2.864,00 EUR
	UMWELTINFORMATIONEN		
2.6	Übermittlung von Umweltinformationen nach dem Landesumweltverwaltungsgesetz (§§ 22; 24 und 33 Abs. 4 UmwVwG)		
2.6.1	Leistungen im Rahmen von §§ 33 Abs. 2 und 3 UmwVwG	gebührenfrei	
2.6.2	Informationsbegehren mit einem geringfügigen Bearbeitungsaufwand (0,5 bis 3 Stunden)	gebührenfrei	
2.6.3	Erheblicher Bearbeitungsaufwand (3 bis 8 Stunden)	15,00 EUR – 250,00 EUR	
2.6.4	Außergewöhnlich hoher Bearbeitungsaufwand (mehr als 8 Stunden)	251,00 EUR – 500,00 EUR	
2.6.5	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise z.B. Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw.	Höhe der Gebühren unter den Nummerns 1.9.1	

3	**ORDNUNGSWESEN (12.20)**		
	ALLGEMEINE SICHERHEIT UND ORDNUNG		
	Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagd- und Fischereiwesen (12.20.03)		
3.1	Waffenscheine und -angelegenheiten		
3.1.1	Ausstellung v. WBK (§§ 10,14,16,20 WaffG), Eintragung v. Erwerbsberechtigungen , Austragung/Änderungen in WBK, Ausstellung gemeinsamer WBK u. Ersatzausfertigung wegen Verlust	12,80 EUR bis 214,00 EUR	11,00 EUR bis 190,00 EUR
3.1.2	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachverständige (§ 18 WaffG)	12,80 EUR bis 643,00 EUR	11,00 EUR bis 572,00 EUR
3.1.3	Ausstellung einer Waffenbesitzkarte f. Waffensachsammler bzw. Umschreibung der Waffenbesitzkarte nach Änderung eines Sammelthemas bei Waffensammler (§ 17 WaffG)	32,00 EUR bis 643,00 EUR	28,00 EUR bis 572,00 EUR
3.1.4	Ausstellung eines	6,40 EUR bis 214,00 EUR	5,00 EUR bis

	Munitionserwerbsscheins bzw. Eintragung Munitionsberechtigungen in WBK (§ 10 Abs. 3 Satz 2 WaffG)		190,00 EUR
3.1.5	Ausstellung eines Waffenscheins sowie Verlängerung der Geltungsdauer (§10 Abs. 4 WaffG)	37,00 EUR bis 482,00 EUR	33,00 EUR bis 429,00 EUR
3.1.6	Ausstellung eines kleinen Waffenscheins (§10 Abs. 4 Satz 4 WaffG)	37,00 EUR bis 214,00 EUR	33,00 EUR bis 190,00 EUR
3.1.7	Erlaubnisse zum Verbringen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen/Munition in, durch oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes im Rahmen der EU (§§ 29, 30, 31 WaffG)	12,80 EUR bis 64,00 EUR	11,00 EUR bis 57,00 EUR
3.1.8	Einwilligung zur Mitnahme v. erlaubnispflichtigen Schusswaffen und dafür bestimmte Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes (§32 Abs. 1 bis 5 WaffG)	12,80 EUR bis 321,00 EUR	11,00 EUR bis 286,00 EUR
3.1.9	Ausstellung/Verlängerung der Geltungsdauer eines europäischen Waffenpasses, Änderung/sonstige Eintragungen im europäischen Feuerwaffenpass (§32 Abs. 6 WaffG)	12,80 EUR bis 64,00 EUR	11,00 EUR bis 57,00 EUR
3.1.10	Erstellung einer Ausnahmegenehmigung (§16 Abs. 2 WaffG), Erlaubnis zum Schießen (§16 Abs. 3 WaffG)	32,00 EUR bis 428,00 EUR	28,00 EUR bis 381,00 EUR
3.1.11	Erlaubnis zum Schießen außerhalb von Schießstätten (§ 10 Abs. 5 u. §16 Abs. 3 WaffG)	42,00 EUR bis 514,00 EUR	38,00 EUR bis 458,00 EUR
3.1.12	Erlaubnis zum Waffenhandel u. zur gewerbsmäßigen Waffenherstellung (§ 21 WaffG)	64,00 EUR bis 1.608,00 EUR	57,00 EUR bis 1.431,00 EUR
3.1.13	Erlaubnis zum Betrieb od. zur wesentlichen Änderung einer Schießstätte einschl. Abnahmeprüfung (§ 27 Abs. 1 WaffG) u. Regelüberprüfung der Schießstätten	64,00 EUR bis 643,00 EUR	57,00 EUR bis 572,00 EUR
3.1.14	Überprüfung und Nachkontrolle der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition (§ 36 Abs. 3 WaffG)	26,00 EUR bis 128,00 EUR	23,00 EUR bis 114,00 EUR
3.1.15	für die übrigen nicht genannten waffenrechtlichen Erlaubnisse, Bescheinigungen, Widerrufe/ Rücknahmen, Waffenbesitzverbote, Ablehnung von Anträgen od. sonstige Amtshandlungen, die im Interesse oder auf Veranlassung des Gebührenschuldners vorgenommen werden	10,70 EUR bis 1.608,00 EUR	9,00 EUR bis 1.431,00 EUR

3.2	Sprengstoffangelegenheiten (12.20.03)		
3.2.1	Festlegung besonderer Anforderungen an die Verwendung von sonstigen explosionsgefährlichen Stoffen und Sprengstoffzubehör nach § 5 VI SprengG	32,00 EUR bis 257,00 EUR	28,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.2	Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	64,00 EUR bis 1.608,00 EUR	57,00 EUR bis 1.431,00 EUR
3.2.3	Erteilung jeder weiteren Erlaubnis nach § 7 I SprengG (ab 2. Ausfertigung)	21,00 EUR bis 85,00 EUR	19,00 EUR bis 76,00 EUR
3.2.4	Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 7 I SprengG	21,00 EUR bis 85,00 EUR	19,00 EUR bis 76,00 EUR
3.2.5	Einholung von Erkundigungen im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung nach §§ 8 IV, 8a V i.V.m. 8 b I 4, 14 SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR	28,00 EUR bis 114,00 EUR
3.2.6	Abnahme der Prüfung als Abschluss eines Grund- oder Sonderlehrganges nach § 9 I Nr. 1 SprengG i.V.m. § 36 SprengV	32,00 EUR bis 193,00 EUR	28,00 EUR bis 171,00 EUR
3.2.7	Bewilligung der Fristverlängerung vor Erlöschen einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheins nach § 11 S. 2 SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR	28,00 EUR bis 114,00 EUR
3.2.8	Ausstellung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	128,00 EUR bis 386,00 EUR	114,00 EUR bis 343,00 EUR
3.2.9	Wesentliche Änderung eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.10	Verlängerung der Geltungsdauer eines Befähigungsscheines nach § 20 I SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR	57,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.11	Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung nach § 21 III SprengG	64,00 EUR bis 193,00 EUR	57,00 EUR bis 171,00 EUR
3.2.12	Zulassung von Ausnahmen von den Verboten nach § 22 V SprengG	32,00 EUR bis 128,00 EUR	28,00 EUR bis 114,00 EUR
3.2.13	Erteilung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	128,00 EUR bis 257,00 EUR	114,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.14	Wesentliche Änderung einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.15	Verlängerung der Geltungsdauer einer Erlaubnis nach § 27 I SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR	57,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.16	Zulassung einer Ausnahme nach § 27 V SprengG	64,00 EUR bis 257,00 EUR	57,00 EUR bis 229,00 EUR
3.2.17	Ungültigkeitserklärung bei Verlust einer Erlaubnis, einer Ausfertigung oder eines	42,00 EUR bis 128,00 EUR	38,00 EUR bis 114,00 EUR

	Befähigungsscheines nach § 35 II SprengG		
3.2.18	Rücknahme oder Widerruf einer Erlaubnis oder eines Befähigungsscheines nach § 34 SprengG	128,00 EUR bis 257,00 EUR	114,00 EUR bis 229,00 EUR
	GEWERBEANGELEGENHEITEN		
	Bearbeiten von Gestattungen, Sperrzeitverkürzungen und sonstige gaststättenrechtliche Erlaubnisse (12.20.06)		
3.3	Persönliche Erlaubnis (§ 2 GastG)	32,00 EUR bis 3.860,00 EUR	28,00 EUR bis 3.436,00 EUR
3.4	Befristete Erlaubnis (§ 3 Abs. 2 GastG) mit einer Dauer bis zu einem Jahr	32,00 EUR bis 1.930,00 EUR	28,00 EUR bis 1.718,00 EUR
3.5	Zulassung von Ausnahmen von der Verpflichtung zum Ausschank alkoholfreier Getränke (§ 6 Satz 2 GastG)	10,70 EUR bis 128,00 EUR	9,00 EUR bis 114,00 EUR
3.6	Stellvertretungserlaubnis (§ 9 GastG)	21,00 EUR bis 643,00 EUR	19,00 EUR bis 572,00 EUR
3.7	Vorläufige Erlaubnis (§ 11 GastG)	21,00 EUR bis 772,00 EUR	19,00 EUR bis 687,00 EUR
3.8	Vorläufige Stellvertretungserlaubnis (§ 11 GastG)	21,00 EUR bis 772,00 EUR	19,00 EUR bis 687,00 EUR
3.9	Gestattungen ab dem fünften Tag (§ 12 GastVO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR	19,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.10	Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Anmietung von Räumen bei Straußwirtschaften (§ 6 Abs. 2 Satz 2 GastVO)	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.11	Zulassung von Ausnahmen von den Sperrzeitvorschriften für einzelne Betriebe (§ 12 Satz 1 GastVO) Regelmäßige Sperrzeitverkürzung, je Monat	21,00 EUR bis 257,00 EUR	28,00 EUR bis 859,00 EUR
3.12	Erlaubnis für die Beschäftigung von Personen (§ 13 Abs. 2 GastVO)	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.13	Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG; § 12 Satz 2 GastVO)	32,00 EUR bis 772,00 EUR	28,00 EUR bis 687,00 EUR
3.14	Verlängerung von Fristen (§ 8 Satz 2, § 9 Satz 2, § 24 Abs. 1 Satz 3 GastG)	21,00 EUR bis 257,00 EUR	19,00 EUR bis 229,00 EUR
3.15	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme einer Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz	42,00 EUR bis 386,00 EUR	38,00 EUR bis 343,00 EUR
3.16	Sonstige Befreiungen nach dem Sonn-	10,70 EUR bis 643,00 EUR	9,00 EUR bis

	und Feiertagsgesetz (§ 12 Feiertagsgesetz)		572,00 EUR
	Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse (12.20.07)		
3.17	Erlaubnis zum Betrieb einer privaten Krankenanstalt (§ 30 GewO)	32,00 EUR bis 1.608,00 EUR	28,00 EUR bis 1.431,00 EUR
3.18	Erlaubnis zu Veranstaltungen nach § 33a GewO	32,00 EUR bis 1.608,00 EUR	28,00 EUR bis 1.431,00 EUR
3.19	Untersagung eines Betriebs ohne Zulassung (§ 15 Abs. 2 GewO)	32,00 EUR bis 386,00 EUR	28,00 EUR bis 343,00 EUR
3.20	Gestattung zur Fortführung eines Gewerbes nach dem Tode des Gewerbetreibenden (§ 46 Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR	19,00 EUR bis 286,00 EUR
3.21	Fristverlängerung beim Erlöschen von Erlaubnissen (§ 49 Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 128,00 EUR	19,00 EUR bis 114,00 EUR
3.22	Gewerbeuntersagungen nach § 35 GewO	32,00 EUR bis 643,00 EUR	28,00 EUR bis 572,00 EUR
3.23	Handwerksuntersagung nach § 16 Abs. 3 Handwerksordnung	32,00 EUR bis 643,00 EUR	28,00 EUR bis 572,00 EUR
3.24	Spiele		
3.24.1	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33c Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.24.2	Bestätigung (§ 33c Abs. 3 GewO)	21,00 EUR bis 160,00 EUR	19,00 EUR bis 143,00 EUR
3.24.3	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33d Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.24.4	Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 33i GewO) je Spielgerät	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.25	Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih- oder Pfandvermittlungsgewerbes (§ 34 Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.26	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes in Kaufhäusern (§ 34a Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.27	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungsgewerbes (§ 34a Abs. 1 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR

3.28	Überprüfung von Bewachungspersonal auf ihre Zuverlässigkeit (§ 9 Abs. 1 BewachV)	10,70 EUR bis 128,00 EUR	9,00 EUR bis 114,00 EUR
3.29	Versteigerer		
3.29.1	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerergewerbes (§ 34b Abs. 1 und 2 GewO)	32,00 EUR bis 3.217,00 EUR	28,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.29.2	Öffentliche Bestellung von Versteigerern (§ 34b Abs. 5 GewO)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR	28,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.30	Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO)	21,00 EUR bis 643,00 EUR	19,00 EUR bis 572,00 EUR
3.31	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	32,00 EUR bis 1.930,00 EUR	28,00 EUR bis 1.718,00 EUR
3.32	Erlaubnis zur Stellvertretung konzessionierter oder angestellter Personen (§ 47 GewO)	21,00 EUR bis 1.286,00 EUR	19,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.33	Reisegewerbe		
3.33.1	Erteilung einer Reisegewerbekarte (§§ 55, 55d GewO sowie § 1 AuslReiseGewV)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR	28,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.33.2	Erteilung einer Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60c Abs. 2 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR	19,00 EUR bis 286,00 EUR
3.33.3	Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55b Abs. 2 GewO)	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR	28,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.33.4	Reisegewerbefreie Tätigkeiten (§ 55a Abs. 2 GewO)	21,00 EUR bis 321,00 EUR	19,00 EUR bis 286,00 EUR
3.34	Ablehnung, Widerruf und Rücknahme der Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung	42,00 EUR bis 386,00 EUR	38,00 EUR bis 343,00 EUR
3.35	Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a Abs. 1 GewO)	42,00 EUR bis 257,00 EUR	38,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.36	Erteilung von Blindenwarenvertriebsausweisen	32,00 EUR bis 1.286,00 EUR	28,00 EUR bis 1.145,00 EUR
3.37	Messen, Ausstellungen, Märkte, Volksfeste		
3.37.1	Festsetzung von Messen, Ausstellungen, Großmärkten	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR	38,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.37.2	Festsetzung von Wochenmärkten	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR	38,00 EUR bis 2.863,00 EUR
3.37.3	Festsetzung von Spezial- und	42,00 EUR bis 3.217,00 EUR	38,00 EUR bis

	Jahrmärkten sowie Volksfesten		2.863,00 EUR
3.37.4	Ablehnung, Änderung, Aufhebung, Rücknahme oder Widerruf der Festsetzung von Veranstaltungen nach Nr. 3.38	42,00 EUR bis 386,00 EUR	38,00 EUR bis 343,00 EUR
	Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen (12.20.08)		
	Jugendschutz		
3.38	Ausnahmen, Anordnungen und Maßnahmen nach den §§ 4, 5, 7 und 8 Jugendschutzgesetz	32,00 EUR bis 2.573,00 EUR	28,00 EUR bis 2.290,00 EUR
3.39	Prostitutionsschutz		
3.39.1	Bearbeitung des Antrags auf Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2, §§ 15 bis 19 und 24 ProstSchG)	500,00 EUR bis 2.500,00 EUR	-
3.39.2	Zuverlässigkeitsprüfung der Betriebsleitung im Rahmen des Erlaubnisverfahrens und Wiederholungsprüfung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Nummer 1 und 2 und § 15 Absatz 3 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.3	Verlängerung der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes bei Befristung (§ 12 Absatz 1 bis 4 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 und 2 und den §§ 15 bis 19 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.4	Bearbeitung des Antrags auf Betrieb des Prostitutionsgewerbes durch Stellvertretung und Wiederholungsprüfung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit den §§ 14 und 15 Absatz 3 Prost-SchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.5	Bearbeitung des Antrags auf Verlängerung des Betriebs des Prostitutionsgewerbes bei Befristung durch Stellvertretung (§ 13 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 14 Absatz 3 und § 15 Prost-SchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.6	Zuverlässigkeitsprüfung einschließlich eventuelles Beschäftigungsverbot für sonstige Beschäftigte je Person (§ 15 Absatz 3 in Verbindung mit § 25 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.7	Erteilung nachträglicher Auflagen beziehungsweise selbstständiger Anordnungen für Betreiberinnen und	100,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-

	Betreiber (§ 17 ProstSchG)		
3.39.8	Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 Prost-SchG)	150,00 EUR bis 500,00 EUR	-
3.39.9	Entgegennahme der Anzeige von Prostitutionsveranstaltungen in bisher nicht konzessionierten Prostitutionsstätten, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 20 Absatz 1 Satz 2 ProstSchG)	150,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.10	Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsveranstaltungen (§ 20 Absatz 3 Satz 2 ProstSchG)	150,00 EUR	-
3.39.11	Entgegennahme der Anzeige zur Aufstellung eines Prostitutionsfahrzeuges, Prüfung und mögliche Untersagung (§ 21 Ab-satz 1 bis 3 ProstSchG)	150,00 EUR bis 500,00 EUR	-
3.39.12	Erlass von Anordnungen bei Prostitutionsfahrzeugen (§ 21 Ab-satz 3 ProstSchG)	150,00 EUR	-
3.39.13	Verlängerung der Frist vor Erlöschen der Erlaubnis (§ 22 Satz 2 ProstSchG)	50,00 EUR	-
3.39.14	Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis zum Betrieb eines Prostitutionsgewerbes (§ 23 ProstSchG)	500,00 EUR bis 1.500,00 EUR	-
3.39.15	Beschäftigungsverbote (außerhalb von Erlaubnisverfahren, § 25 Absatz 3 ProstSchG)	350,00 EUR bis 1.000,00 EUR	-
3.39.16	Einmalige Betriebskontrolle sowie einmalige Nachkontrolle zur Überwachung der Einhaltung der Erlaubnis sowie der Betreiberpflichten in der Zeit zwischen Erlaubniserteilung und erneuter Zuverlässigkeitsprüfung (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14, 24 bis 28 ProstSchG)	20,00 EUR	-
3.39.17	Kontrolle durch zwei Mitarbeitende im Zeitumfang bis zu 60 Minuten einschließlich Fahrzeiten (§ 29 ProstSchG in Verbindung mit den §§ 12, 14 und 24 bis 28 ProstSchG)	120,00 EUR bis 160,00 EUR	-

4	**GRUNDSTÜCKSWERTERMITTLUNG (11.33)**		
	GESETZLICHE UND KOMMUNALE WERTERMITTLUNG (11.33.01)		

	Führung und Bereitstellung der Kaufpreissammlung, Markt- und Preisanalysen (Gutachterausschuss) (51.11.10)		
4.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	siehe Satzung der Stadt Friedrichshafen über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Gutachterausschusses Östlicher Bodenseekreis vom 22.02.2021 (Gutachterausschussgebührensatzung)	2,00 EUR bis 189,00 EUR
4.2	Auskunft über Bodenrichtwerte		2,00 EUR bis 126,00 EUR
4.3	Sonstige Auskünfte, je vollendete ¼ h		-
	Erstellung von Wertgutachten (51.11.11) siehe Satzung über Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten der Stadt Friedrichshafen		

5	**BAUORDNUNGSRECHT (52.10)** Soweit Gebühren nach den Baukosten zu berechnen sind, ist von den Kosten nach DIN 276 Teil 1, Kostengruppe 300 und 400 (in der jeweils gültigen Fassung) auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen. Die Baukosten sind auf volle 100,00 € aufzurunden. Zu den Bau- und Herstellungskosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.		
	ANTRAGS- UND KENNTNISGABEVERFAHREN		
	Bauvoranfrage (52.10.01)		
5.1	Bauvorbescheid	3 ‰ der Baukosten, mind. 220,00 EUR	3 ‰ der Baukosten, mind. 190,00 EUR
5.2	Ablehnung Bauvorbescheid	198,00 EUR bis 1.103,00 EUR	170,00 EUR bis 1.064,00 EUR
5.3	Zurücknahme eines Antrags	70,00 EUR bis 450,00 EUR	63,00 EUR bis 510,00 EUR
5.4	**Baugenehmigungsverfahren (52.10.02)**		
5.4.1	Baugenehmigung (§ 58 LBO)	6 ‰ der Baukosten, mind. 300,00 EUR	5 ‰ der Baukosten, mind. 250,00 EUR
5.4.2	Teilbaugenehmigung	6 ‰ der Teilbaukosten, mind. 300,00 EUR	5 ‰ der Teilbaukosten, mind. 250,00 EUR
5.5	Zurücknahme eines Antrags	99,00 EUR bis 562,00 EUR	95,00 EUR bis 510,00 EUR
5.6	Ablehnung eines Antrags	264,00 EUR bis 1.324,00 EUR	191,00 EUR bis 1.277,00 EUR
5.7	Verlängerungen	¼ der Genehmigungsgebühr, mind. 130,00 EUR	¼ der Genehmigungsgebü

			hr, mind. 100,00 EUR
5.8	Werbeanlagen	264,00 EUR bis 2.924,00 EUR	154,00 EUR bis 2.245,00 EUR
	Kenntnisgabeverfahren nach § 51 LBO (52.10.03)		
5.9	Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	110,00 EUR bis 331,00 EUR	106,00 EUR bis 319,00 EUR
5.10	Ablehnung eines Antrags auf Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	132,00 EUR bis 198,00 EUR	127,00 EUR bis 191,00 EUR
	Abgeschlossenheitsbescheinigung nach WEG (52.10.04)		
5.11.1	Erteilung/Änderung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 WEG)	198,00 EUR bis 5.517,00 EUR	191,00 EUR bis 4.257,00 EUR
5.12	Entscheidungen im verfahrensfreien Raum (52.10.05) (Planungsrecht und LBO)	225,00 EUR bis 6.801,00 EUR	169,00 EUR bis 6.532,00 EUR
5.13	Unechter Bauvorbescheid	1 ‰ der Baukosten, mind. 60,00 EUR	1 ‰ der Baukosten, mind. 60,00 EUR
5.14	Vereinfachtes Genehmigungsverfahren (52.10.00)	5 ‰ der Baukosten, mind. 300,00 EUR	4 ‰ der Baukosten, mind. 250,00 EUR
	BAUÜBERWACHUNG		
	Baukontrolle, Bauabnahme (52.10.07)		
5.15	Kontrolle, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
5.16	Abnahme, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
	Wird ergänzend zu Nr. 5.15 oder 5.16 ein Brandschutzsachverständiger und/ oder die Feuerwehr hinzugezogen, fällt zusätzlich eine Gebühr nach 5.17 und/oder nach der Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Feuerwehr der Stadt Friedrichshafen in der jeweils gültigen Fassung an.		
	Wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten (52.10.08)		
5.17	Brandverhütungsschau, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
5.18	Messe, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
5.19	Fliegende Bauten, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
5.20	Sondergenehmigungen, je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR

	Bauordnungsbehördliche Maßnahmen (52.10.09)		
5.21	Sonstige Verfügungen	132,00 EUR bis 927,00 EUR	95,00 EUR bis 1.341,00 EUR
	BERATUNG UND INFORMATION		
	Baulastenbuch (Führung, Auskünfte) (52.10.11)		
5.22	Baulasten, je Baulast	297,00 EUR	268,00 EUR
5.23	Schriftliche Auskünfte, je Auskunft	99,00 EUR	127,00 EUR bis 638,00 EUR
5.24	**Allgemeine Bauberatung, Rechtsauskünfte, (52.10.12**), je vollendete ¼ h	16,50 EUR	15,00 EUR
5.25	Einsichtnahme/ Ausleihen von Akten		
5.25.1	Statikakten	100,00 EUR	74,00 EUR
5.25.2	Bauakten	48,00 EUR	42,00 EUR
5.26	Befreiungen im Bereich EWärmeG/ EnEV	145,00 EUR bis 2.207,00 EUR	
5.27	**Gebührenermäßigungen im Bereich Bauordnungsrecht**		
	a) Die Gebühren nach den Nrn. 5.1 und 5.4.1 und 5.4.2 sowie 5.8 ermäßigen sich bei einer Überschreitung der Frist nach § 54 Abs. 5 LBO bis zu einem Monat um 15 v. H., bei einer Überschreitung von mehr als einem Monat um 30 v. H. b) Die Gebühren nach Nr. 5.4.1 und 5.4.2 ermäßigen sich um 50 v. H. für die Gebäudeteile, die Wohnungen oder Wohnräume enthalten, die mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert sind, insbesondere Wohnungen, die im Rahmen der Wohnungsbauprogramme des Landes gefördert werden. Die Ermäßigung wird auch dem Erwerber gewährt, wenn er die Vorraussetzungen erfüllt und die Gebührenschuld übernommen hat. Die in § 6 Abs. 2 Buchst. a bis h des Zweiten Wohnungsbaugesetzes genannten Mittel gelten nicht als Mittel aus öffentlichen Haushalten. c) Bei der gleichzeitigen Behandlung mehrerer Anlagen und Einrichtungen nach dem gleichen Typ auf einem zusammenhängenden Baugelände in einem oder mehreren baurechtlichen Verfahren ermäßigt sich die Gebühr nach den Nrn. 5.4.1 und 5.4.2 und 5.8 für jede Anlage und Einrichtung um 30 v. H. d) Bei Wiederholung einer infolge Zeitablaufs unwirksam gewordenen Entscheidung ermäßigen sich die Gebühren nach den Nrn. 5.4.1 und 5.4.2 und 5.1 auf die Hälfte Ermäßigungen nach Buchstaben a bis c werden nebeneinander gewährt in der Weise, dass bei der Ermäßigung jeweils von dem Betrag der ermäßigten Gebühr ausgegangen wird.		

6	DENKMALSCHUTZ (52.30)		
	DENKMALSCHUTZ		
	Denkmalschutzrechtliche Genehmigungsverfahren, Denkmalförderung		
6.1	Erteilung einer Steuerbescheinigung nach §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG	2 ‰ der bescheinigten Aufwendungen zur Erhaltung des Kulturdenkmals, mind. 150,00 EUR	2 ‰ der bescheinigten Aufwendungen zur Erhaltung des Kulturdenkmals, mind. 150,00 EUR

7	ENTWÄSSERUNG (66.2)		
	DIENSTLEISTUNGEN DER STADTENTWÄSSERUNG		
	Fachtechnische Prüfungen, Genehmigungen, Stellungnahmen und Beratungen (53.80.06.02)		
7.1	Genehmigungen für Entwässerungsgesuche	5 ‰ der Entwässerungskosten, mind. 110,00 EUR	5 ‰ der Entwässerungskosten, mind. 100,00 EUR

8	LANDESINFORMATIONSFREIHEITSGESETZ (LIFG)		
	Auskünfte und Einsichtnahmen		
8.1	Mündliche Auskünfte	gebührenfrei	
8.2	Informationen über die Kosten nach § 10 Abs. 2 LIFG	gebührenfrei	
8.3	Informationsrecht zu amtlichen Informationen in einfachen Fällen (§10 Abs. 3 LIFG)	gebührenfrei	
8.4	Mehr als einfacher Aufwand ohne Vorabinformation des Antragstellers (§10 Abs. 2 LIFG)	15,00 EUR bis 200,00 EUR	
8.5	Umfangreicher Aufwand mit Vorabinformation des Antragstellers	201,00 EUR bis 500,00 EUR	
8.6	Zurverfügungstellung von Informationen in sonstiger Weise	Höhe der Gebühren unter den Nummern 1.9.1	

FRIEDRICHSHAFEN

Förmliche Beschlussfassung über ertrags-seitige Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

Einleitende Präsentation zu Gebühren-, Entgelt- und Steueranpassungsvorlagen für den Finanz- und Verwaltungsausschuss am 05.07.2021 (TOP Ö3 – Ö10)

Grundlagen

- Aufgrund beträchtlicher Fehlbeträge (22 bis 30 Mio. EUR) in den Ergebnis-Haushalt 2020 bis 2022 musste die Stadt gemäß § 24 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung alle Spar- und Ertragsmöglichkeiten ausnutzen

- Als Rechtsaufsichtsbehörde forderte das Regierungspräsidium Tübingen (RP) die Stadt mit dem Haushaltserlass 2020 zur Vorlage eines Haushaltssicherungskonzepts bis 31.03.2021 auf

- Nach § 78 II GemO sind vertretbare Gebühren- und Entgelterhöhungen vorrangig gegenüber Steueranhebungen

- Der Gemeinderat hat zusammen mit dem Doppelhaushalt 2021/22 beschlossen (DS-Nr. 2021 / V 00024), vor allem die Aufwendungen zu reduzieren aber auch die Gebühren/ Entgelte und Steuern anzuheben

- Aus formalen Gründen sind noch entsprechende Steuer-/Gebührensatzungen, Entgeltordnungen zu beschließen

- Das RP hat die Stadt in seinem Haushaltserlass vom 02.06.2021 auf die Verpflichtung hingewiesen, die zugesagten Konsolidierungsmaßnahmen zeitnah und konsequent umzusetzen

Beschlussfassung des Gemeinderats am 21.03.21 (DS 2021 / V 00024)

- Die Entgelte und Gebühren für Leistungen der Stadt Friedrichshafen werden neu kalkuliert und angepasst. Die Überprüfung von Gebühren und Entgelten findet zukünftig turnusmäßig alle zwei Jahre statt. Kalkulationsgrundlage bilden:
  - Weitergabe der tariflichen Erhöhung der Personalaufwendungen
  - Ausgleich allgemeiner Kostensteigerungen

- Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden die Gebühren und Entgelte für:
  - Verwaltungsgebühren
  - Bestattungsgebühren
  - Gebühren für Schwerlasttransporte
  - Parkgebühren
  - Schulmittagessen (bei 28 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt)
  - Bädergebühren
  - Hallennutzungsgebühren für Dritte

  neu kalkuliert und angepasst. Für 2021 werden 0,6 Mio. EUR Mehrerlöse und ab 2022 1,2 Mio. EUR pro Jahr dafür im Haushalt eingeplant.

- Die Vergnügungssteuer, die Zweitwohnungssteuer und die Hundesteuer werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt angepasst. Ab 2022 werden höhere Erträge in Summe von jährlich 0,5 Mio. EUR eingeplant.

Überblick über die Gebühren-, Entgelt- und Steueranpassungen

DS (2021 / V 00…)	Bezeichnung	Mehrerträge 21	Mehrerträge 22
134	Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung …	100.000	300.000
132	Neufassung der Entgeltordnung für die Häfler Bäder*	0	30.000
140	Neufassung der Benutzungsentgeltordnungen für die Hallen	0	12.000
183	Neufassung der Bestattungsgebührensatzung	67.000	200.000
199	Neufassung der Parkgebührensatzung	206.000	576.000
gesetzl. Rahmen	Gebühren für Transportgenehmigungen	100.000	100.000
Von Gr abgelehnt	Anhebung der Gebühren für das Schulmittagessen	0	0
Zwischensumme Gebühren		473.000	1.218.000
	* *Auswirkungen auf den HH der Zeppelin-Stiftung von 230.000€ p.a. ab 2022*		
175	Neufassung der Satzung über die Hundesteuer	0	73.000
176	Neufassung der Satzung über die Vergnügungssteuer	0	275.000
177	Neufassung der Satzung über die Zweitwohnungssteuer	0	137.000
Zwischensumme Steuern		0	485.000
Gesamtsumme der Mehrerträge (gegenüber dem städt. Status-Quo)		**473.000**	**1.703.000**
Abweichung (gegenüber Konsolidierungsziel laut städt. DHH 2021/22)		**-127.000**	**3.000**

Vereinfachtes Fazit:

- Diese Erträge werden aufgrund des haushalterischen Erfordernisses bis zur derzeitigen Obergrenze angepasst
- Die Gebühren und Entgelte sind trotz maximaler Anhebungen geringer als die korrespondierender Kosten
- Entscheidungsspielräume bezüglich der Höhe einzelner Anpassungen bestehen aufgrund der Obergrenzen i.V.m. dem Konsolidierungsziel nicht mehr (über das Schul-mittagessen hinaus)

FRIEDRICHSHAFEN

Stadt Friedrichshafen
Stadt- und Stiftungspflege
Adenauerplatz 1, 88045 Friedrichshafen
www.friedrichshafen.de

Alle Angaben ohne Gewähr.
Stand 06/2021

FRIEDRICHSHAFEN

Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshafen und der Verwaltungsgebührensatzung der Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad

Beschlussfassungen im Gemeinderat am 21.07.2021
sowie im gemeinsamen Ausschuss am 14.09.2021
Vorberatung im FVA am 05.07.2021

Grundlagen

- Nach § 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) können Kommunen für öffentliche Leistungen Gebühren erheben, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornehmen.
  Bei diesen im Fachjargon als Verwaltungsgebühren bezeichneten Erträgen handelt es sich üblicherweise um von Einzelnen beantragte schriftliche Dokumente wie z.B. Baugenehmigungen, Fischereischeine, Gewerberegisterauskünfte

- Die Gebührenbemessung erfolgt gem. § 11 KAG nach dem Kostendeckungsgebot, demzufolge sämtliche Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligter gedeckt werden sollen.
  Andererseits dürfen die Gebühren höchstens so bemessen werden, dass die Verwaltungskosten gedeckt werden (Kostenobergrenze) – die Gewinnerzielung ist folglich ausgeschlossen.
  § 78 der Gemeindeordnung, die sogenannte Rangfolge der Ertragserzielung, gibt den Kommunen ebenfalls vor, diese Einnahmemöglichkeit bei Bedarf auszunutzen, was die Rechtsaufsichtsbehörde aufgrund der HH-Situation einfordert.

- Das Äquivalenzprinzip gibt vor, dass die Gebühren, auch wenn sie aus kalkulatorischer Sicht gerechtfertigt wären, nicht im Missverhältnis zum Nutzen der öffentlichen Leistung stehen dürfen.

- Die Satzung sowie das Gebührenverzeichnis zur Aktualisierung der Verwaltungsgebühren erfolgen für den Aufgabenbereich der Stadt Friedrichshafen und den der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Friedrichshafen-Immenstaad getrennt voneinander, weshalb für die vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft eine Beschlussempfehlung des Gemeinderats an den gemeinsamen Ausschuss vorgesehen ist.

Vergleich mit den aktuellen Verwaltungsgebühren

- Die aktuell gültigen Verwaltungsgebühren basieren auf der Kalkulation aus dem Jahr 2014
- Die damalige Vorgehensweise und Struktur wurden beibehalten
- Einzelne Anpassungen der Gebührentatbestände erfolgten insbesondere aufgrund gesetzlicher, behördlicher und gemeinderätlicher Vorgaben sowie tatsächlicher Entwicklungen und sind in der Sitzungsvorlage erläutert
- Die Gebührenhöhe wurde an die Kostenentwicklung seit der letzten Kalkulation angepasst
- Die Kosten der gebührenrelevanten Ämter stiegen um durchschnittlich 6,2 %, wobei die Kalkulation auch in einem Amt zu niedrigeren Minutensätzen führte (siehe hierzu Synopse in Anlage 3 der Sitzungsvorlage DS-Nr.: 2021 / V 00134).
- Durch die vorliegende Anpassung der Verwaltungsgebühren an die Kostenentwicklung würden die Erträge unter Berücksichtigung von Kostendeckungsgebot, Kostenobergrenze sowie Äquivalenzprinzip um jährl. etwa 300.000 € steigen, was im Doppelhaushalt 2021/22 bereits eingeplant wurde
- Interkommunal verglichen würden die Verwaltungsgebühren der Stadt Friedrichshafen im Mittelfeld bleiben

FRIEDRICHSHAFEN

Stadt Friedrichshafen
Stadt- und Stiftungspflege
Adenauerplatz 1, 88045 Friedrichshafen
www.friedrichshafen.de

Alle Angaben ohne Gewähr.
Stand 05/2021